



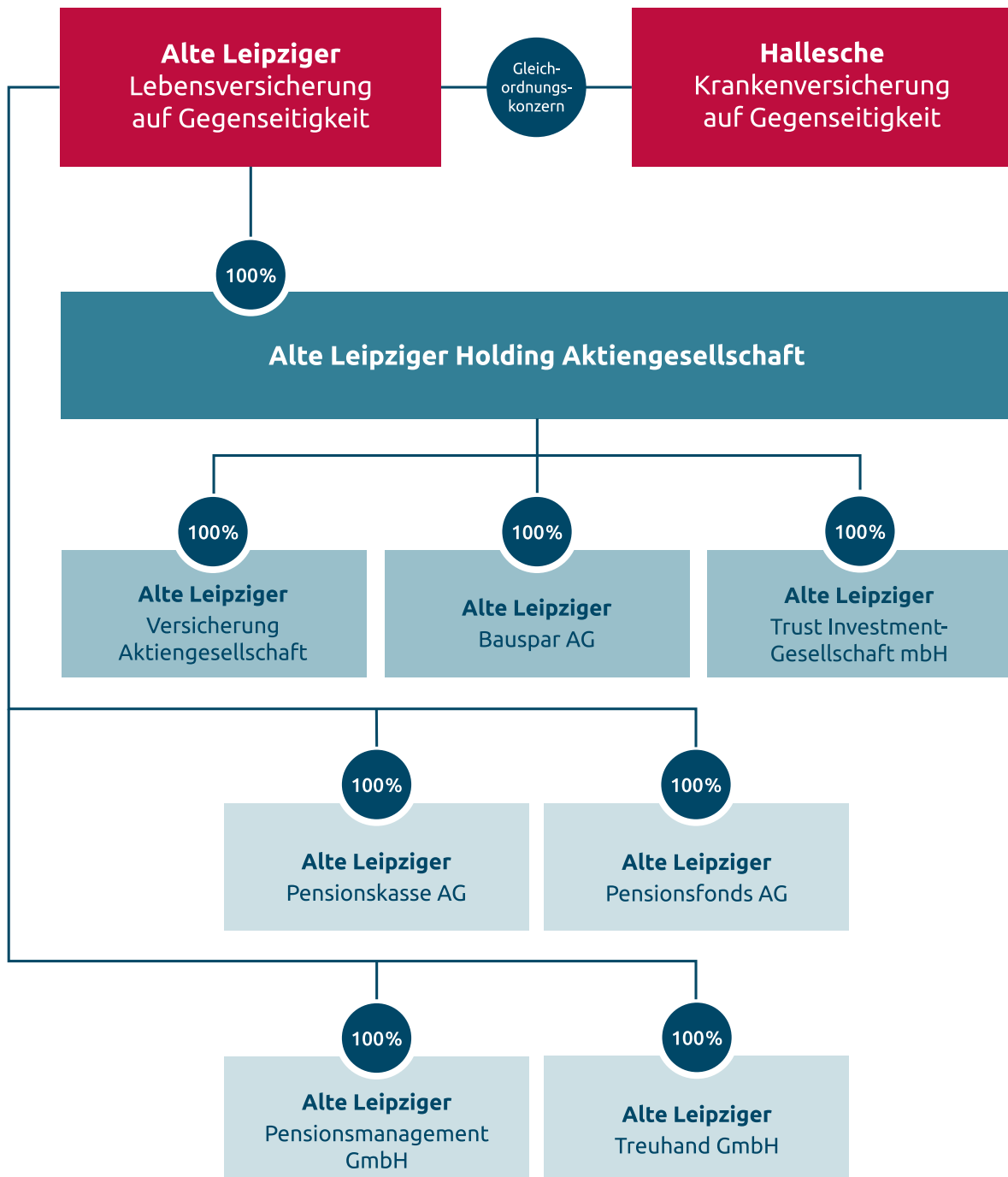
Alte Leipziger

ALH Gruppe

Geschäftsbericht 2025

Alte Leipziger
Bauspar AG

Struktur der ALH Gruppe*



* Zur ALH Gruppe zählen die beiden Mutterunternehmen Alte Leipziger Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit und Hallesche Krankenversicherung auf Gegenseitigkeit sowie alle Tochtergesellschaften.

Inhalt

4	Aufsichtsrat, Vorstand, Vertrauensmann
5	Bericht des Aufsichtsrats
7	Bericht des Vorstands – Lagebericht
27	Jahresbilanz
29	Gewinn- und Verlustrechnung
31	Anhang zum Jahresabschluss
46	Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
52	Bewegung der Zuteilungsmasse
53	Bestandsbewegung der Bausparverträge
61	Kontakt

Aufsichtsrat

Christoph Bohn

Vorsitzender der Vorstände
der Alte Leipziger Lebensversicherung/
Hallesche Krankenversicherung/
Alte Leipziger Holding
Vorsitzender

Alexander Mayer

Mitglied der Vorstände
der Alte Leipziger Lebensversicherung/
Hallesche Krankenversicherung/
Alte Leipziger Holding
Stv. Vorsitzender
(Mitglied des Aufsichtsrats ab 01.07.2025)

Martin Rohm

Mitglied der Vorstände
der Alte Leipziger Lebensversicherung/
Hallesche Krankenversicherung/
Alte Leipziger Holding
Stv. Vorsitzender
(Mitglied des Aufsichtsrats bis 30.06.2025)

Dr. Jürgen Bierbaum

Aktuar (DAV)
Stv. Vorsitzender der Vorstände
der Alte Leipziger Lebensversicherung/
Hallesche Krankenversicherung/
Alte Leipziger Holding

Karl-Heinz Fischer*

Bausparkassenangestellter
(Mitglied des Aufsichtsrats bis 14.03.2025)

Eva Frauendorfer*

Bausparkassenangestellte

Murat Öztürk*

Bausparkassenangestellter
(Mitglied des Aufsichtsrats ab 14.03.2025)

Wiltrud Pekarek

Aktuarin (DAV)
Mitglied der Vorstände
der Alte Leipziger Lebensversicherung/
Hallesche Krankenversicherung/
Alte Leipziger Holding

* von den Arbeitnehmern gewählt

Vorstand

Dr. Holger Lindner

Harald Rupp

Die Angaben zu Aufsichtsrat und Vorstand
sind Teil des Anhangs.

Vertrauensmann

gemäß § 12 BauSparkG

Prof. Dr. Holger Paschedag

Hochschule Aschaffenburg
Fakultät Wirtschaft und Recht
Leiter Internationales Immobilienmanagement

Bericht des Aufsichtsrats der Alte Leipziger Bauspar AG

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und die Geschäftsführung laufend überwacht und beratend begleitet.

Der Aufsichtsrat ist im Geschäftsjahr 2025 zu zwei Sitzungen zusammengetreten und hat sich sowohl inner- als auch außerhalb der Sitzungen durch schriftliche und mündliche Berichte über den Gang und die Entwicklung der Geschäfte ausführlich unterrichten lassen.

Arbeit des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat ließ sich zur Entwicklung im Wohnungsbau, zur Entwicklung des Bauspargeschäfts, zur Ertragslage und zur Entwicklung des Marktumfelds berichten. Die Sporzahlungen im Verband der Privaten Bausparkassen lagen per Oktober um 4 % unter dem Vorjahreswert.

Weitere Schwerpunkte bildeten die Berichterstattungen zu wesentlichen Unternehmenskennzahlen zu u.a. der Cost-Income-Ratio, Leverage Ratio, der Eigenkapitalausstattung und der Gesamtkapitalquote.

Im Rahmen der Berichterstattung zum Jahresabschluss ließ sich der Aufsichtsrat u.a. zur vertrieblichen Geschäftsentwicklung, insbesondere zur Neugeschäftsentwicklung und der Entwicklung des Darlehensgeschäfts berichten. Wie im Vorjahr ist auch im aktuellen Zeitraum ein Rückgang im Bauspar-Neugeschäft zu verzeichnen. Die Bilanzsumme stieg um 6 %. Der Vorstand berichtete darüber hinaus über bedeutende Einflüsse auf die Risikosituation 2025. Er berichtete zum in 2025 durchgeführten neuen LSI-Stresstest. Aus diesem ergaben sich keine ertrags- und bestandsgefährdenden Risiken. Ein weiterer Schwerpunkt bildete die Berichterstattung zum finanziellen Jahresergebnis.

Der Aufsichtsrat ließ sich zum aktuellen Stand bezüglich der wesentlichen Projekte berichten.

Die Themen „Dialog: VB6-Anwendungen und Filenet“ und „Baufi-Strategie“ bildeten weitere Schwerpunkte im Rahmen der Berichterstattung des Vorstands zu Unternehmensprojekten.

Neben den Vorstands- und Aufsichtsratsangelegenheiten befasste sich der Aufsichtsrat sowohl inner- als auch außerhalb der Sitzungen insbesondere mit den aktuellen

gesetzlichen und regulatorischen Entwicklungen, insbesondere zum Umsetzungsstand der DORA.

Im Rahmen der turnusmäßigen Risikoberichterstattung befasste sich der Aufsichtsrat unter anderem mit Adressausfallrisiken, Marktpreis- und Zinsrisiken, Risiken im Bausparkollektiv, Liquiditäts- und operationellen Risiken sowie den dazu aufgezeigten risikobegrenzenden Maßnahmen. In diesem Zusammenhang ließ sich der Aufsichtsrat zur Umsetzung des IKT-Risikomanagements berichten. Die Alte Leipziger Bauspar AG ist in die konzernübergreifende IKT-Governance und den konzernübergreifenden IKT-Risikomanagementrahmen eingebunden.

Im Einklang mit der Nachhaltigkeitsstrategie der ALH Gruppe stehen auch für die Alte Leipziger Bauspar AG die Berücksichtigung nachhaltiger Aspekte in der Produktentwicklung und der Kapitalanlage sowie klimaschonendes Handeln im Fokus des unternehmerischen Handelns.

Für das kommende Geschäftsjahr 2026 wurden – wie auch für das abgelaufene Geschäftsjahr 2025 – Nachhaltigkeitsziele in der Vorstandsvergütung verankert.

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsstrategie und die darauf aufbauende Mittelfristplanung der Gesellschaft sowie die Rahmenplanung des Vorstands zur Kapitalanlage für das Geschäftsjahr 2026 und die kommenden Jahre ausführlich beraten und verabschiedet. Darüber hinaus hat sich der Aufsichtsrat mit Vorstands- und Aufsichtsratsangelegenheiten befasst.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Vorstand den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend sowie den gesetzlichen Vorgaben entsprechend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements sowie über die Wahrung der Compliance informiert hat.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats stand mit dem Vorstand in ständiger enger Verbindung. Er ließ sich regelmäßig über bedeutsame Fragen und Maßnahmen der Geschäftspolitik informieren. Die Mitglieder des Aufsichtsrats wurden über die Ergebnisse laufend unterrichtet.

Über die Arbeit der Ausschüsse (Nominierungs-, Kapitalanlage-, Produkt- und Prüfungsausschuss) wurde dem

Aufsichtsrat in seinen Sitzungen am 14. März 2025 und 28. November 2025 berichtet.

Jahresabschluss 2025

Der Abschlussprüfer, die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 sowie den Lagebericht des Vorstands unter Einbeziehung der Buchführung geprüft und einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses berichtete dem Aufsichtsrat in der Bilanzsitzung am 13. März 2026 über die Tätigkeit und Prüfungen des Prüfungsausschusses. An der Bilanzsitzung nahm auch der Abschlussprüfer teil, der über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen berichtete. Der Aufsichtsrat hat sich dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses durch den Abschlussprüfer angeschlossen und hat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen zu erheben. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss gebilligt, der damit gemäß § 172 AktG festgestellt ist. Dem Vorschlag des Vorstands über die Verwendung des Bilanzgewinns hat sich der Aufsichtsrat angeschlossen.

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat den Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG sowie den hierzu vom Abschlussprüfer gemäß § 313 AktG erstatteten Prüfungsbericht vorgelegt. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers lautet wie folgt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

- 1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,*
- 2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“*

Der Aufsichtsrat hat den Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen geprüft und hat sich dem Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers angeschlossen. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die engagierten Leistungen und die im Berichtsjahr erzielten Erfolge.

Personalentscheidungen im Aufsichtsrat

Herr Martin Rohm ist mit Wirkung zum 30.06.2025 als Mitglied aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Der Aufsichtsrat würdigte die Tätigkeit von Herrn Rohm und dankte ihm für die Zusammenarbeit.

Herr Alexander Mayer wurde von der Hauptversammlung mit Wirkung zum 01.07.2025 als Nachfolger von Herrn Rohm gewählt. Der Aufsichtsrat wählte Herrn Mayer für die Dauer seiner Amtszeit zum stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden sowie zum Vorsitzenden des Prüfungsausschusses.

Bei den Arbeitnehmervertreterwahlen wurde Herr Murat Öztürk neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Herr Karl-Heinz Fischer schied zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung 2025 nach über 26-jähriger Tätigkeit als Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat aus. Der Aufsichtsrat dankte Herrn Fischer für die langjährige, konstruktive und angenehme Zusammenarbeit.

Oberursel (Taunus), den 13. März 2026

Alte Leipziger Bauspar AG

Der Aufsichtsrat

Bohn
Vorsitzender

Bericht des Vorstands – Lagebericht

Geschäftsmodell

Die Alte Leipziger Bauspar AG ist eine Bausparkasse gemäß § 1 Abs. 1 des Bausparkassengesetzes (BauSparkG). Die Geschäftsschwerpunkte sind das Bausparen sowie die Finanzierung wohnwirtschaftlicher Maßnahmen von Privatpersonen innerhalb Deutschlands. In der Alte Leipziger – Hallesche Gruppe ist die Alte Leipziger Bauspar AG die Bank für die private Baufinanzierung, bildet das Kompetenzcenter für alle Bauspar- und Baufinanzierungsangebote und sorgt für eine breitere Aufstellung der Gruppe als Vorsorgedienstleister. Darüber hinaus werden Kapitalanlageprodukte unterschiedlicher Laufzeiten für den privaten Kunden angeboten.

Gesamtwirtschaftlicher Rahmen¹

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2025 nach zwei Rezessionsjahren wieder um 0,2 % preisbereinigt angestiegen.

Der private Konsum – als wichtigste Größe des Bruttoinlandsprodukts – stieg real um 1,4 % an. Hier machten sich eine weiter nachlassende Inflation und steigende Lohnabschlüsse positiv bemerkbar. Insbesondere für Gesundheit und Mobilität wurde deutlich mehr ausgegeben. Die staatlichen Konsumausgaben erhöhten sich im Jahr 2025 noch stärker als der private Konsum und stiegen real um 1,5 % an. Der Anstieg war vor allem den steigenden Ausgaben im Gesundheits- und Pflegebereich geschuldet. Gebremst wurde die wirtschaftliche Entwicklung erneut im Bereich der Bauinvestitionen. Hier war ein preisbereinigtes Minus von 0,9 % zu verzeichnen. Dies war das fünfte Jahr in Folge mit einem Rückgang bei den Bauinvestitionen.

Die Standortbedingungen in Deutschland machten sich bei den Ausrüstungsinvestitionen und im Exportbereich erneut bemerkbar. Die Ausrüstungsinvestitionen fielen real um 2,3 %, die höheren Rüstungsausgaben des Staates konnten das private Minus nicht ausgleichen. Die Exportindustrie verzeichnete mit einem realen Rückgang von 0,3 % das dritte Jahr in Folge ein Exportminus, während die Importe real um 3,6 % anstiegen, so dass der Außenbeitrag in

Summe ein reales Minus von 1,5 %, gemessen am BIP, beisteuerte.

Das deutsche Staatsdefizit erreichte nach vorläufigen Berechnungen im Jahr 2025 einen Wert von 107 Mrd. € und ging damit um 7,9 Mrd. € zurück. Die Defizitquote reduzierte sich von 2,7 % auf 2,4 % und lag damit unter den Defizitkriterien der EU von 3,0 % des BIP. Die durchschnittliche Inflationsrate im Jahr 2025 lag bei 2,2 %. Überdurchschnittlich preislich gestiegen in 2025 sind Dienstleistungen.²

Die Zahl der Erwerbstätigen blieb gegenüber dem Vorjahr mit 46,0 Millionen Beschäftigten nahezu unverändert. Der langfristige Beschäftigungsaufbau kam damit 2025 zum Erliegen.³

Die Rahmenbedingungen für Baufinanzierungen waren im Jahr 2025 von Normalisierung geprägt: Das Zinsniveau blieb insgesamt stabil und die Bau- und Immobilienpreise sind nur moderat gestiegen. Die Baugenehmigungen für Wohngebäude haben zwischen Januar und November 2025 im Vergleich zum Vorjahr zweistellig zugelegt. Demgegenüber blieb der Bauspar-Markt weiterhin herausfordernd. Unsicherheiten hinsichtlich der politischen Rahmenbedingungen haben negative Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft. Hohe Kaufpreise und Erwerbsnebenkosten verunsichern insbesondere junge Menschen, was zu einer Zurückhaltung beim Abschluss von Bausparverträgen führt. Grundsätzlich erwarten wir positive Impulse aus dem Gesetz zum sogenannten Wohnungsbau-Turbo.

Kapitalmärkte

Die Aktienmärkte entwickelten sich im Jahr 2025 erneut positiv. Der DAX stieg im Jahresverlauf auf 24.490 Punkte, was einem Plus von 23 % entspricht. Auch der Euro Stoxx 50 legte zu: von 4.896 Punkten (Jahresschluss 2024) auf 5.791 Punkte (Jahresschluss 2025), ein Plus von 18 %.⁴

Die durchschnittliche Umlaufrendite von Anleihen der öffentlichen Hand stieg von 2,39 % am Jahresende 2024 auf 2,84 % zum Jahresende 2025. Der Zinsanstieg innerhalb eines Jahres betrug somit 45 Basispunkte.⁵

¹ Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 017 vom 15. Januar 2026.

² Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 002 vom 6. Januar 2026.

³ Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 001 vom 02. Januar 2026

⁴ <https://www.boerse.de/historische-kurse>

⁵ Bundesbank: Umlaufrenditen öffentlicher Hand – Tageswerte

Entwicklung der Baubranche

Gemäß Angaben des Statistischen Bundesamts wurden im Zeitraum Januar bis November 2025 mit 215.500 Wohnungen insgesamt 11,3 % mehr genehmigt als im Vorjahreszeitraum. Im Segment Neubau stieg die Zahl der genehmigten Wohnungen in Einfamilienhäusern um 17,0 %, in Mehrfamilienhäusern um 13,5 %; bei Zweifamilienhäusern war sie leicht rückläufig.⁶ Mit dem Ziel bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und schneller zu bauen hat die Bundesregierung im Jahr 2025 das „Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung“ – auch Bau-Turbo genannt – beschlossen.

Gemäß Statistischem Bundesamt haben sich Baupreise im Vergleich November 2025 gegen November 2024 weiter verteuert. Die Preise für den Neubau konventionell gefertigter Wohngebäude stiegen in diesem Zeitraum um 3,2 %. Bei den Rohbauarbeiten stiegen die Preise geringer um 2,5 %, die höchsten Teuerungen finden sich bei Zimmer- und Holzbauarbeiten (5,4%) sowie Dachdeckungsarbeiten, die sich um 4,5 % verteuerten. Die Preise für Ausbauarbeiten sind erneut um insgesamt 3,8 % gestiegen, hierin enthalten sind z.B. Steigerungen der Preise für Heizanlagen und bei zentralen Wassererwärmungsanlagen (zum Beispiel Wärmepumpen) um 4,4 % und Metallbauarbeiten um 2,2 %. Bei elektro-, sicherheits- und informationstechnischen Anlagen nahmen die Preise erneut stark zu (+5,4 %), bei Wärmedämm-Verbundsystemen um 3,5 %. Preise für Instandhaltungsarbeiten an Wohngebäuden stiegen um 4,1 %.⁷

Gemäß Häuserpreisindex des Statistischen Bundesamtes verteuerten sich im dritten Quartal 2025 im Vergleich zum Vorjahresquartal die Wohnimmobilien in allen Regionen Deutschlands. Im Durchschnitt sind die Preise um 3,3 % gestiegen.

In der Oktober-Umfrage der Deutschen Bundesbank zum Kreditgeschäft in Deutschland wurde festgestellt, dass die Kreditnachfrage im dritten Quartal 2025 in allen Segmenten per saldo stieg; die Zuwächse blieben jedoch hinter dem Vorquartal zurück – insbesondere bei den privaten Wohnungsbaukrediten. Als wesentliche Gründe für die Steigerung wurden das allgemeine Zinsniveau und die Aussichten am Wohnimmobilienmarkt genannt. Das gesunkene Verbrauchervertrauen hat hingegen nachfragedämpfend gewirkt.⁸

Die Verbandsumfragen der privaten Bausparkassen zeigen für 2025 ein ambivalentes Bild: In der Sommerumfrage nannten nur noch 33 % der Befragten Wohneigentum als Sparziel (-10 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr). In der Herbstumfrage 2025 rückte Wohneigentum wieder nach vorn: 38 % sparen für Erwerb oder Renovierung von Wohneigentum.

Entwicklung auf Verbandsebene

Das Neugeschäft der privaten Bausparkassen zeigte in 2025 einen deutlichen Rückgang gegenüber 2024. Die Rahmenbedingungen reduzieren die Attraktivität des Bausparens als Zinssicherungs- und Vorsorgeinstrument, wobei die hohe Nachfrage nach Wohneigentum unverändert fortbesteht. Im Jahr 2025 wurden 739,3 Tsd. Verträge mit Bausparsummen von insgesamt 39,7 Mrd. € neu abgeschlossen. Gegenüber dem Vorjahrszeitraum bedeutet dies einen Rückgang der Vertragsanzahl von -19,0 %, verbunden mit einem Rückgang der Bausparsumme um -24,3 %. Die Sparleistung der Bausparer sank um -4,3 % auf 15,9 Mrd. € gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

⁶ Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 18 vom 16. Januar 2026

⁷ Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 11 vom 09. Januar 2026

⁸ Bundesbank: Pressemitteilung vom 28.10.2025 (Bank Lending Survey)

Unsere Geschäftsergebnisse

Im Bauspargeschäft konnte das gesteckte Vertriebsziel von 820 Mio. € Bausparsumme im Berichtsjahr nicht erreicht werden. Abgeschlossen wurden 9.678 Verträge (- 22,8 %) mit Bausparsummen über insgesamt 414,1 Mio. € (- 13,2 %). Die Sparleistung unserer Bausparer lag mit 229,0 Mio. € um 5,4 % unter dem Vorjahreswert. Ursächlich für den Rückgang sehen wir ein verändertes Sparverhalten der Kunden. Um die Profitabilität im Bausparbestand langfristig zu sichern, wurden ergänzend Bestände hochverzinslicher Altta- rife abgebaut.

Im Baufinanzierungsneugeschäft wurde mit insgesamt 317,7 Mio. € das Vorjahresniveau (256,2 Mio. €) und auch das Vertriebsziel von 239,6 Mio. € übertroffen.

Vor dem Hintergrund des Neugeschäftsrückgangs im Bau- sparmarkt und des daraus resultierenden verstärkten Wett- bewerbs sowie unserer nach wie vor überaus sicherheitsorientierten Kapitalanlage- und Kreditvergabe- politik sind aus unserer Sicht die erzielten vertrieblichen und finanziellen Ergebnisse des Jahres 2025 zufriedenstel- lend.

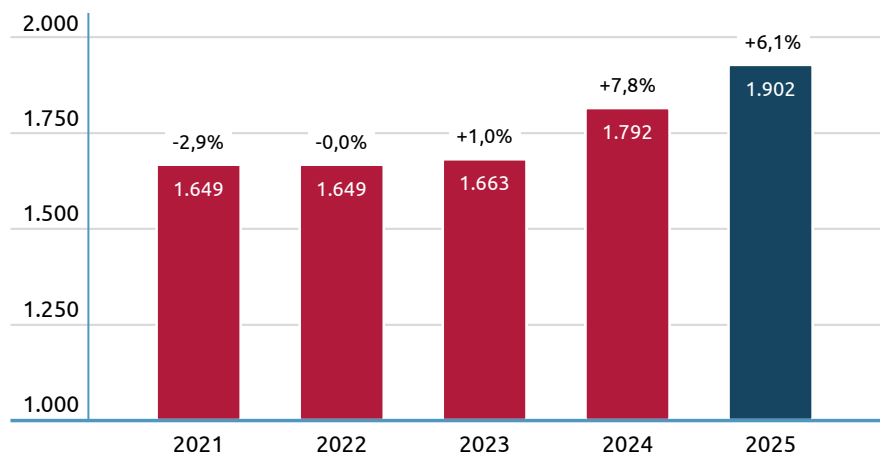
Wesentliche Geschäftszahlen in der Entwicklung (Vorjahreszahlen in Klammern)

Die Bilanzsumme erhöhte sich um +6,1 % auf 1.902 Mio. € (1.792 Mio. €). Das bilanzielle Eigenkapital (inklusive Bilanz-

gewinn) betrug 88,8 Mio. € (63,8 Mio. €). Es belief sich somit auf rund 4,7 % (3,5 %) der Bilanzsumme.

Bilanzsummen

in Mio. €



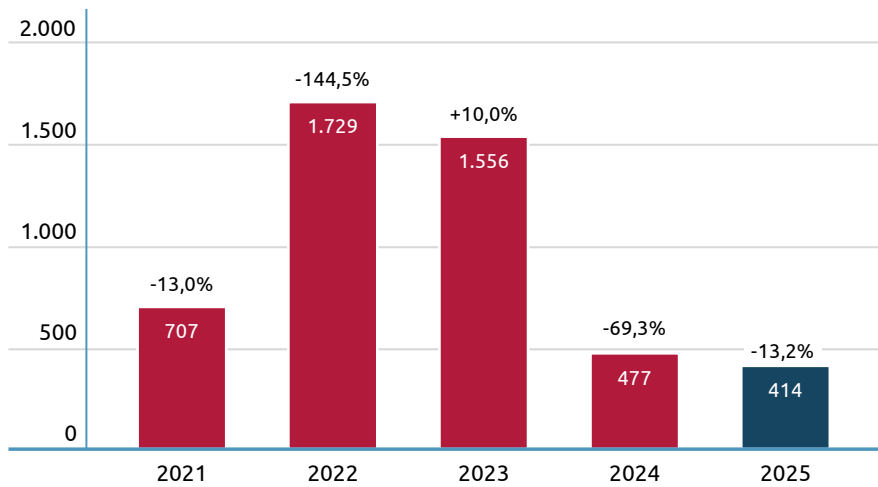
Neugeschäft

Beantragt wurden insgesamt 9.678 (12.541) neue Verträge mit einer Bausparsumme von 414,1 Mio. € (477,0 Mio. €). Dies entspricht einem Rückgang um 13,2 % bezogen auf die Bausparsumme.

Eingelöst wurden 9.903 (13.779) Verträge mit einer Bausparsumme von 391,5 Mio. € (613,6 Mio. €). Den Rückgang führen wir auf das veränderte Sparverhalten der Kunden zurück. Die durchschnittliche Bausparsumme der eingelösten Neuverträge fiel auf 39.530 € (44.465 €).

Beantragtes Neugeschäft

in Mio. € Bausparsumme



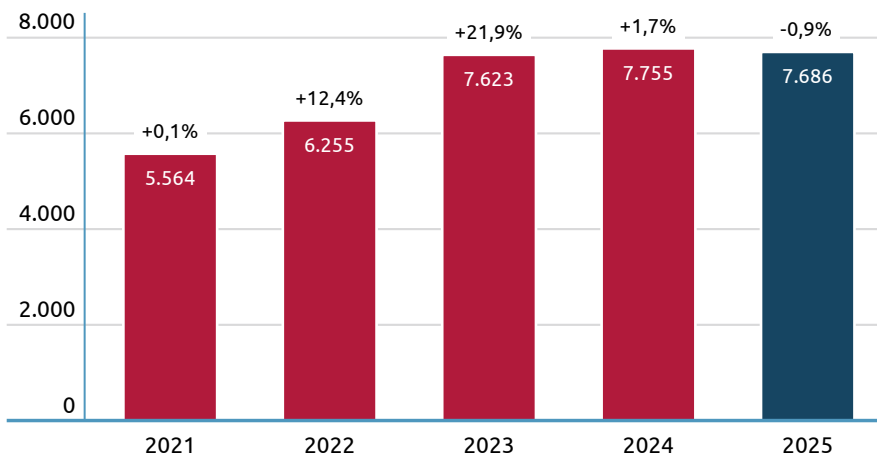
Vertragsbestand

Die Anzahl des nicht zugeteilten und zugeteilten Bestandes an Bausparverträgen reduzierte sich zum Ende des Berichtsjahres leicht auf 150.636 (159.802), die Bausparsumme

verringerte sich auf 7.686 Mio. € (7.755 Mio. €). Die Bausparsumme aller nicht zugeteilten Verträge reduziert sich um 0.156 Mio. € auf 7.339 Mio. €.

Vertragsbestand

in Mio. € Bausparsumme



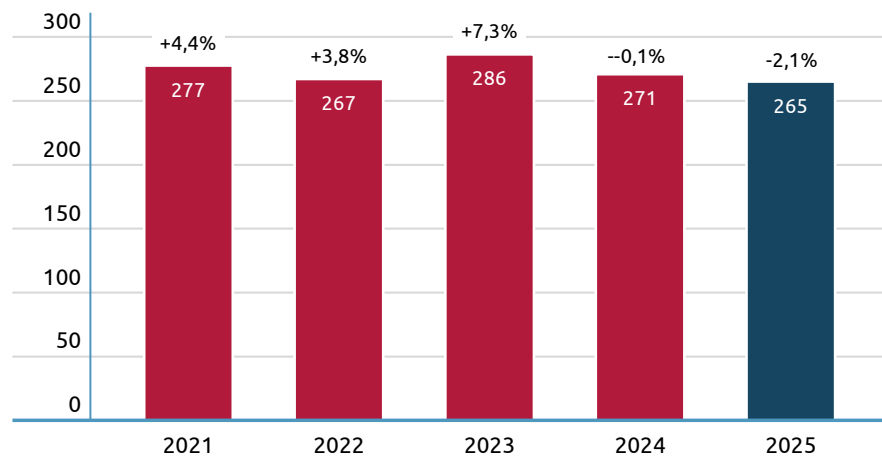
Spar- und Tilgungsaufkommen

Die gesamten Spar- und Tilgungszahlungen einschließlich gutgeschriebener Wohnungsbauprämien und Zinsen beliefen sich auf 264,9 Mio. € (270,7 Mio. €).

Auf Sparbeträge entfielen 235,3 Mio. € (249,3 Mio. €) und auf Tilgungsbeträge 29,5 Mio. € (21,4 Mio. €).

Spar- und Tilgungsaufkommen

in Mio. €



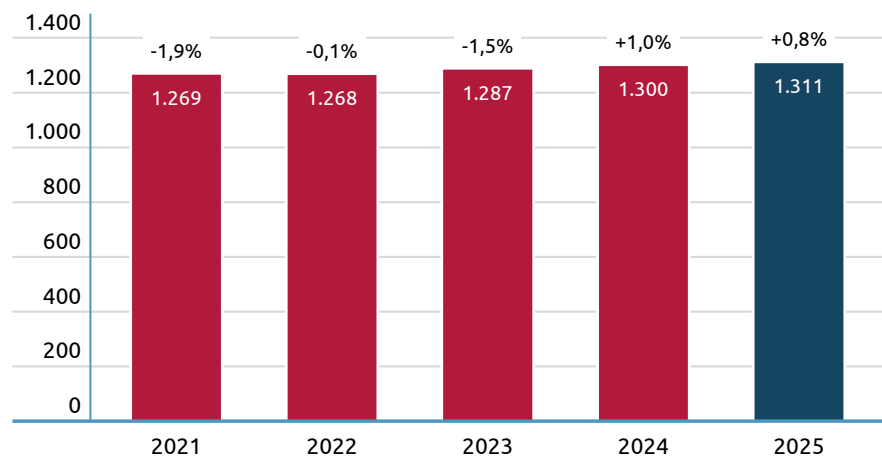
Bauspareinlagen

Der Bestand an Bauspareinlagen stieg um 11,0 Mio. € (12,7 Mio. €) auf 1.310,8 Mio. € (1.299,7 Mio. €).

Der Anteil der Bauspareinlagen an der Bilanzsumme betrug 68,9 % (72,2 %).

Bauspareinlagen

in Mio. €



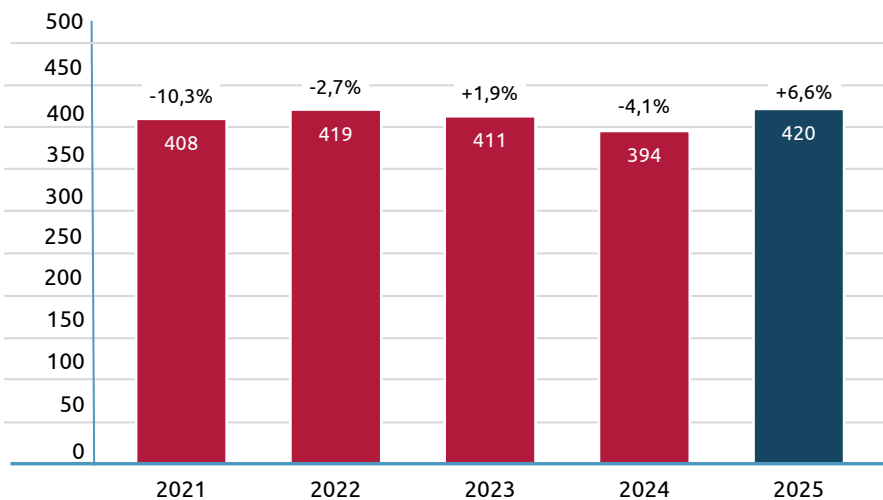
Zuteilungen und Zuteilungsmasse

Im Berichtszeitraum wurden 16.536 (20.681) Verträge mit einer Bausparsumme von 419,6 Mio. € (393,7 Mio. €) zugeteilt. Der Zuteilungsmasse konnten 235,3 Mio. € (249,4 Mio. €) zugeführt werden.

Die Entnahmen beliefen sich auf 289,1 Mio. € (285,5 Mio. €). Danach ist der Überschuss der Zuführungen mit 1.159,8 Mio. € gegenüber dem Vorjahr um 2,05 % gesunken.

Zuteilungen

in Mio. € Bausparsumme



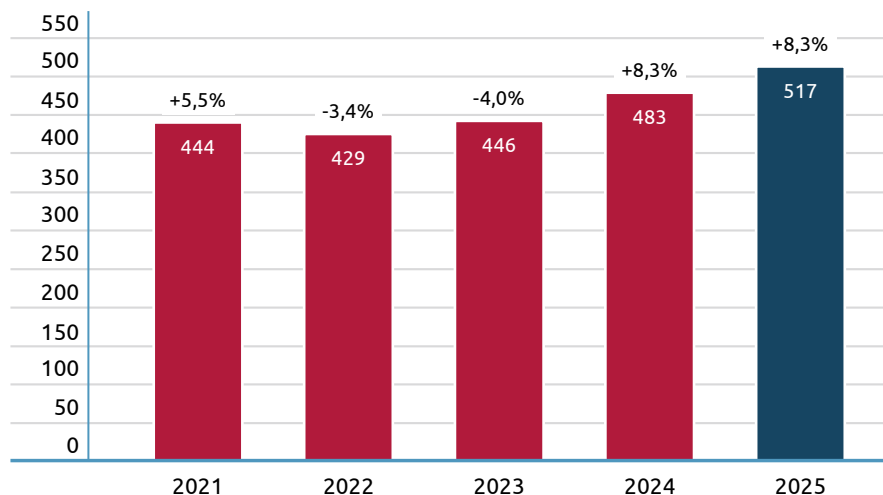
Auszahlungen

Insgesamt wurden 517,0 Mio. € ausgezahlt (482,6 Mio. €), hiervon entfielen 289,1 Mio. € (285,6 Mio. €) auf zugeteilte Verträge einschließlich vorzeitiger Auflösungen sowie

140,1 Mio. € (116,2 Mio. €) auf Vor- und Zwischenfinanzierungskredite und 87,8 Mio. € (80,8 Mio. €) auf sonstige Bau-darlehen.

Auszahlungsleistungen

in Mio. €



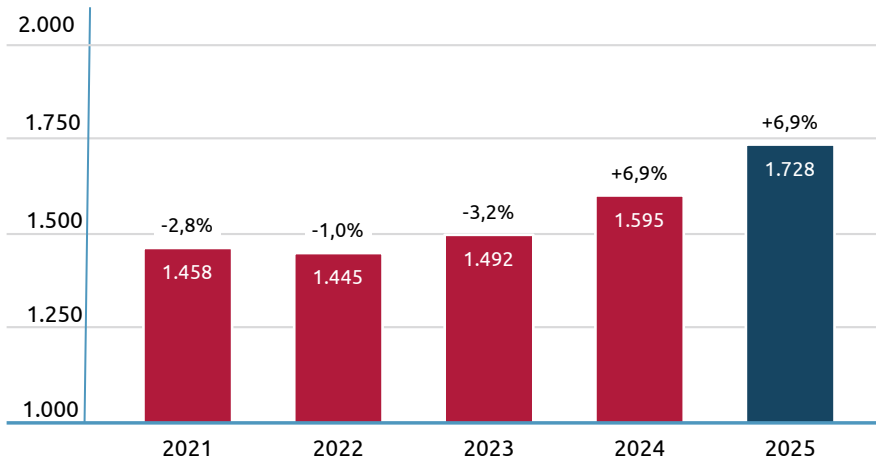
Baudarlehen

Der Bestand an Baudarlehen (Bauspardarlehen, Vor- und Zwischenfinanzierungskredite und sonstige Baudarlehen) stieg um 132,4 Mio. € (102,9 Mio. €) auf 1.728 Mio. € (1.595 Mio. €).

Der Anteil der Baudarlehen an der Bilanzsumme betrug damit rund 90,8 % (89,0 %).

Baudarlehen

in Mio. €



Geldanlagen

Die Bestände an Geldanlagen (Barreserve, Forderungen an Kreditinstitute, Schuldscheindarlehen an Nichtbanken und Inhaberpapiere) reduzierten sich um 22,9 Mio. € auf 158,1 Mio. €. Die Anlagen erfolgten ausschließlich nach den strengen Vorgaben des § 4 Abs. 3 BauSparkG.

Die Inhaberschuldverschreibungen wurden wie im Vorjahr wie Anlagevermögen bewertet.

Geldaufnahmen

Neben der kongruenten Refinanzierung der Programmdarlehen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau sind 40,0 Mio. € durch fünf emittierte Hypothekenpfandbriefe aufgenommen.

Kapitalstruktur

Das gezeichnete Kapital sowie die Kapital- und Gewinnrücklagen belaufen sich zum Jahresende auf 88,8 Mio. € (Vorjahr 63,8 Mio. €). Der Kapitalrücklage wurden im laufenden Geschäftsjahr 25,0 Mio. € zugeführt, diese beträgt zum Jahresabschluss 74,1 Mio. €. Das gezeichnete Kapital mit 8,8 Mio. € sowie die Gewinnrücklagen mit 5,9 Mio. € sind unverändert. Die Reserve nach § 340g HGB (Fonds für allgemeine Bankrisiken) wurde mit 0,6 Mio. € dotiert und beträgt 6,9 Mio. €.

Die Kapitalrendite beträgt zum 31.12.2025 0,012 % (Vorjahr 0,005 %).

Zum Stichtag 31.12.2025 wurde eine Gesamtkapitalquote von 28,45 % (24,64 %) sowie eine Leverage Ratio von 5,41 % (4,17 %) ermittelt.

Liquiditätslage

Die Alte Leipziger Bauspar AG konnte ihren Zahlungsverpflichtungen im Berichtsjahr jederzeit nachkommen. Die aufsichtliche Liquiditätskennziffer LCR (Liquidity Coverage Ratio) überschritt stets den Wert von 100,0%.

Ertragslage

Der Zinsüberschuss stieg auf 27,6 Mio. € (Vorjahr 22,9 Mio. €). Die Gesamtmarge als Verhältnis des Zinsüberschusses zum durchschnittlichen Brutto-Bilanzvolumen (auf Basis der Monatsultimostände) lag damit bei 1,49% (1,32%).

Durch die Fortführung der Bestandsmaßnahmen in höherverzinsten Bausparverträgen konnte die durchschnittliche Grundverzinsung der Bausparguthaben gegenüber dem Vorjahr nochmals um 0,08% auf 0,48% gesenkt werden.

Das Provisionsergebnis zeigte gegenüber dem Vorjahr ein konstantes Ergebnis von – 4,0 Mio. € (– 4,0 Mio. €), ursächlich ist das schwache Bausparneugeschäft im Geschäftsjahr.

Die Verwaltungsaufwendungen (inkl. Abschreibungen für Abnutzung) stiegen gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 9,6% auf 24,3 Mio. € (Vorjahr 22,4 Mio. €). Wesentliche Gründe hierfür lagen in den gestiegenen Personalkosten und hohen Aufwendungen für externe Beratung.

Im Kreditgeschäft trugen wir allen erkennbaren Risiken angemessen Rechnung. Der Nettoaufwand der Einzelwertberichtigungen entwickelte sich mit 0,6 Mio. € geringfügig höher als erwartet (0,4 Mio. €). Die Pauschalwertberichtigungen wurden im Berichtsjahr nach den Vorgaben des IDW RS BFA 7 im Bewertungsvereinfachungsverfahren ermittelt. Die Höhe der Risikovorsorge für latente Ausfallrisiken wurde im Vergleich zum Vorjahr gering erhöht. Für Details zur genutzten Methode verweisen wir auf den Anhang zum Jahresabschluss. Insgesamt betrug die Netto-Zuführung aus der Risikovorsorge 0,7 Mio. € (Vorjahr 1,1 Mio. €).

Die nachhaltigen Effekte des nach 2022 eingetretenen Zinsanstiegs führen zu einem verbesserten Zinsergebnis, dies hat die Ertragslage im abgelaufenen Geschäftsjahr gestärkt. Es konnte im operativen Geschäft ein positives Ergebnis erreicht werden.

Aus dem laufenden Jahresergebnis wurden 0,6 Mio. € dem Fonds für allgemeine Bankrisiken zugeführt.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Maßnahme und des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr belief sich der Bilanzgewinn zum 31. Dezember 2025 auf 59,6 Tsd. € (Vorjahr 48,1 Tsd. €).

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung der Bausparkasse erfolgte weitestgehend über Neugeschäftskennzahlen im beantragten Bauspar-Neugeschäft und der Baufinanzierung, Rentabilitätsbetrachtungen, den Verwaltungsaufwand, Nachhaltigkeitszielen sowie Kennziffern zur Sicherheit/Risikotragfähigkeit und Mitarbeiterzufriedenheit. Ergänzend wurden zwei relevante Projektziele überwacht.

Das beantragte Bauspar-Neugeschäft wies zum Ende des Geschäftsjahrs eine Bausparsumme i.H.v. 414,1 Mio. € aus. Gegenüber dem Vorjahr endete das Jahr 2025 um 628 Mio. € oder – 13,2% geringer. Der Planwert von 820 Mio. € wurde nicht erreicht. Der Neugeschäftsrückgang im Bausparkassenmarkt hat sich auch auf die Alte Leipziger Bauspar AG ausgewirkt. In 2026 erwarten wir einen Antragseingang von 600 Mio. €.

Das außerkollektive Baufinanzierungs-Neugeschäft erreichte zum Jahresende 2025 ein Volumen von 206,1 Mio. € (+ 4,5% gegenüber Vorjahr oder + 8,9 Mio. €). Der Planwert von 200,0 Mio. € wurde gering überschritten. Für das Folgejahr erwarten wir einen Anstieg auf 210 Mio. €.

Der Geldeingang setzt sich zusammen aus dem Spar- und dem Tilgergeldeingang. Der Plan-Wert von 308,0 Mio. € wurde zum 31.12.2025 mit 258,6 Mio. € um 49,4 Mio. € oder – 16,0% unterschritten. Im Vergleich zum Vorjahr reduzierte er sich um 4,9 Mio. € oder – 1,9%. Ursächlich sehen wir ein verändertes Sparverhalten der Bausparer, das sich in 2025 deutlich ausgewirkt hat.

Für das Folgejahr erwarten wir einen Geldeingang in Höhe von 269,0 Mio. €.

Im Zusammenhang mit der weiter gültigen Wachstumsstrategie werden wir für das Folgejahr das beantragte Bauspar-Neugeschäft und das außerkollektive Baufinanzierungsneugeschäft als Zielgrößen verwenden.

Im Zinsergebnis wurden die geplanten 26,8 Mio. € mit dem Jahresendwert 27,6 Mio. € übertroffen. Gegenüber dem Vorjahr konnte eine Steigerung um 4,7 Mio. € realisiert werden, ursächlich ist die gegenüber der Planung reduzierte Durchschnittsverzinsung der Bauspareinlagen. Im Geschäftsjahr 2026 soll das Zinsergebnis auf 31,6 Mio. € ansteigen.

Der geplante Personal- und Sachaufwand in Höhe von 22,1 Mio. € wurde operativ mit 24,3 Mio. € verfehlt. Gegenüber dem Vorjahreswert von 22,8 Mio. € erfolgte eine Steigerung um 6,6 %. Gegenüber der Planung gesteigerte Personalaufwendungen sowie Beratungsaufwände in laufenden Projekten haben zur Planüberschreitung geführt. Zum 31.12.2026 gehen wir von einem Aufwand in Höhe von 24,3 Mio. € aus.

Auf Basis der Konzernnachhaltigkeitsstrategie wurde der Anteil an nachhaltigen Kundenfinanzierungen gem. Taxonomie-Verordnung im außerkollektiven Kredit-(Neu-)Geschäft gegenüber dem Vorjahr um 128,7 % gesteigert (Zielwert war mindestens 10 %), da unsere Kunden deutlich stärker Objektfinanzierungen mit besseren Ausgangs-Energieeffizienzklassen abgeschlossen haben. Auch in 2026 soll dieser Wert erneut um 10 % gegenüber Vorjahr gesteigert werden.

Die Attraktivität als Arbeitgeber wird gruppenweit anhand der Eigenkündigungsquote im Branchenvergleich gemessen. Im Geschäftsjahr 2025 lag diese bei 1,58 %. Der entsprechende Vergleichswert in der Branche beträgt ... %.

In einem Projekt zur Abarbeitung der Feststellungen aus einer Prüfung nach § 44 Abs. 1 Satz 2 KWG wurde eine geplante Jahres-Zielerreichung innerhalb Zeit, Qualität und Budget vorgegeben. Diese konnte weitestgehend erfüllt werden. Das Projektende ist für 2026 vorgesehen und nach aktueller Planung nicht gefährdet.

In einem Projekt für die Umsetzung der Servicestrategie wurden drei priorisierte Maßnahmen („Schnellboote“) definiert: Die Prozesserhebung und Wertstromanalyse für den Kreditneuantrag, die Prozesserhebung und Wertstromanalyse für den Auszahlungsprozess sowie die Schnellerfassung von Bausparanträgen. Für das Geschäftsjahr 2025 war die vollständige Umsetzung von mindestens zwei dieser Maßnahmen vorgesehen. Es konnten alle drei Schnellboote erfolgreich und vollständig umgesetzt werden.

Erklärung über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Wir erklären hiermit, dass unsere Gesellschaft im Geschäftsjahr 2025 nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem Rechtsgeschäfte mit der Alte Leipziger Holding Aktiengesellschaft, Oberursel (Taunus), oder einem mit ihr verbundenen Unternehmen vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhielt.

Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse der Alte Leipziger Holding Aktiengesellschaft oder eines mit ihr verbundenen Unternehmens, die uns benachteiligt haben, hat unsere Gesellschaft weder getroffen noch unterlassen.

Erklärung zur Unternehmensführung über die Teilhabe von Frauen an Führungspositionen *

Mit dem Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im Öffentlichen Dienst von 2015, abgelöst durch das Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Regelungen für die teilberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst (FüPoG II) soll der Anteil von Frauen an Führungspositionen signifikant gesteigert und letztlich eine Geschlechterparität erreicht werden.

Die Alte Leipziger Bauspar AG hat – als mitbestimmungspflichtiges, aber nicht börsennotiertes Unternehmen – den gesetzlichen Vorgaben entsprechend die nachstehend genannten verbindlichen Zielgrößen für die Erreichung des Frauenanteils festgelegt:

Aufsichtsrat:	33,0%
Vorstand:	16,7% *
Erste Führungsebene:	14,3%
Zweite Führungsebene:	36,4%

* Die verbindliche Zielgröße für die Erreichung des Frauenanteils im Vorstand liegt derzeit unter Berücksichtigung der bestehenden Vertragslage bei 0 %. Bei einer Neubestellung des Vorstands legt der Aufsichtsrat einen hohen Maßstab an das Anforderungsprofil künftiger Vorstandsmitglieder an. Aufgrund der Tatsache, dass der Vorstand der Alte

Leipziger Bauspar AG aus lediglich zwei Personen besteht, soll bei der Auswahl eines passenden Vorstandsmitglieds jedoch nicht primär die Verpflichtung zur Erfüllung einer verbindlichen Zielgröße im Vordergrund stehen. Vielmehr soll der Fokus insbesondere auf Fachkenntnissen und Sachkunde liegen.

Als Termin für die Zielerreichung wurde der 30.06.2027 festgelegt.

Nachhaltigkeitsbericht

Die Alte Leipziger Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit erstellt eine für das Mutterunternehmen und den Alte Leipziger Konzern nichtfinanzielle Konzernklärung gemäß §§ 341a i. V. m. 289b und 341j i. V. m. 315b HGB unter Verwendung der European Sustainability Reporting Standards (ESRS). Der Bericht wird vom Aufsichtsrat der Alte Leipziger Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit geprüft und im Auftrag des Aufsichtsrats der Alte Leipziger Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit von der PricewaterhouseCoopers GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, in Übereinstimmung mit dem International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3000 (Revised): „Assurance Engagements other than Audits or Reviews of Historical Financial Information“ zum Zwecke der Erlangung einer begrenzten Prüfungssicherheit (Limited Assurance Engagement) bezüglich der gemäß §§ 341a Abs.1a i. V. m. 289b bis 289e und 341j Abs. 4 i. V. m. 315b, 315c HGB gesetzlich geforderten Angaben geprüft. Der Bericht wird als Bestandteil des Geschäftsberichts des Alte Leipziger Konzerns auf der Unternehmensseite veröffentlicht unter https://www.alh.de/geschaeftsbericht_al_konzern_2025.pdf.

Risikomanagement

Übergeordnetes Ziel des Risikomanagementsystems ist die Kontrollierbarkeit notwendiger geschäftsinhärenter Risiken und die Vermeidung bestands- und/oder entwicklungsgefährdender Risiken unter der betriebswirtschaftlichen Zielsetzung, eine profitable nachhaltige Unternehmensentwicklung zu bewirken. Die Risikomanagementprozesse der Alte Leipziger Bauspar AG gewährleisten, dass Risiken frühzeitig erkannt, vollständig erfasst und in angemessener Weise bewertet werden.

Der Gesamtvorstand ist verantwortlich für die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation und damit für die Umsetzung und Einhaltung der regulatorischen Vorschriften. Diese

Verantwortung bezieht sich unter Berücksichtigung der ausgelagerten Aktivitäten und Prozesse auf alle wesentlichen Elemente des Risikomanagements, dessen Wirksamkeit und Angemessenheit.

Die unabhängige Risikocontrolling-Funktion gem. MaRisk übernimmt die Leitung des Referats Strategisches Risikomanagement. Mit dieser Funktion ist die sachgerechte Wahrnehmung der Risikomanagementaufgaben verbunden.

Der direkt dem Gesamtvorstand berichtspflichtige Bereich der Internen Revision ist in die laufende Funktions- und Angemessenheitsprüfung des Risikomanagementsystems eingebunden und damit Teil des internen Kontrollsystems.

Die Compliance-Funktion wird durch den Konzern-Compliance Officer wahrgenommen, der auch im Interesse der Bausparkasse tätig ist. Jede Konzerngesellschaft unterhält zudem die Funktion des Compliance-Beauftragten, die gesellschaftsindividuelle Compliance-Aufgaben wahrnimmt. Diese wird bei der Bausparkasse durch die Leitung des Bereichs Bausparen/Individualgeschäft Kredit ausgefüllt. Das Compliance-Komitee unterstützt und berät den Compliance-Officer bei seinen Aufgaben.

Es sind diverse bankinterne Beratungs- und Entscheidungsgremien mit Verantwortlichkeiten im Rahmen des Risikomanagements eingerichtet. Dies sind einerseits die Ausschüsse des Aufsichtsrats zu den Themen Personal, Kapitalanlage, Produkte und Prüfung, andererseits der Risikoausschuss, der Ausschuss für das Aktiv-Passiv-Management sowie die Expertengremien Risikoinventur, Zinsprognose, IRBA und Nachhaltigkeit. Zusätzlich wurden Sonderfunktionen (Beauftragtenwesen) für die Themen Compliance, Geldwäsche, Informationssicherheit, Datenschutz, Arbeitsschutz, IKT-Risiko, Auslagerung und Nachhaltigkeit etabliert. Für die Koordination des Strategieprozesses ist ein Strategie-Koordinator eingesetzt.

Der Risikoausschuss fungiert als fachübergreifendes Gremium. Zentrale Aufgabe ist die Beratung des Gesamtvorstands bei seiner Entscheidungsfindung zu risikorelevanten Themen. Dazu gehören die Bewertung der aktuellen Risikosituation, das Ableiten von möglichen Maßnahmen der Risikosteuerung und die konzeptionelle Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems.

Der Ausschuss für das Aktiv-Passiv-Management stellt das Gremium für die Themen Bilanzstrukturmanagement, Liquiditätsmanagement und Zinsänderungsrisikosteuerung dar.

Hinsichtlich der aufbau- und ablauforganisatorischen Umsetzung der Funktionstrennung differenziert die Alte Leipziger Bauspar AG anhand der Kriterien der Höhe des Kreditengagements und des Risikogewichts zwischen nicht risikorelevantem und risikorelevantem Geschäft. Diese Unterscheidung wird über die Prozessdefinitionen und die Kompetenzzuordnung nachgezeichnet.

Die Bausparkasse besitzt eine IRB-Zulassung. Die Zulassung bezieht sich auf die Verwendung eigener Schätzungen von Ausfallwahrscheinlichkeiten, Verlustquoten und Konversionsfaktoren innerhalb des Ratingsystems mit Nutzung für das Mengengeschäft an Baudarlehen. Für die restliche Portfolienteile wird der Kreditrisiko-Standardansatz (KSA) genutzt.

Die Alte Leipziger Bauspar AG lebt eine Risikokultur, die die Identifizierung und den bewussten Umgang mit Risiken fördert und sicherstellt, dass Entscheidungsprozesse zu Ergebnissen führen, die auch unter Risikogesichtspunkten ausgewogen sind.

Die Rahmenbedingungen für ein ordnungsgemäßes Risikomanagementsystem werden durch Grundsätze der Risikopolitik vorgegeben. Diese Vorgaben stärken das bereichsübergreifende Bewusstsein für Risiken und fordern jeden Mitarbeiter zum situativen risikoorientierten Handeln auf.

Im Risikomanagementkreislauf werden vier Phasen unterschieden: Risikoidentifikation, Risikobewertung, Risikosteuerung und Risikokontrolle.

Risikoidentifikation

Zur Identifikation relevanter Risiken und zur Beurteilung deren Wesentlichkeit wird regelmäßig und ggfs. anlassbezogen eine Risikoinventur durchgeführt, um ein Gesamtrisikoprofil zu erstellen.

Als ein weiteres Werkzeug der Risikoidentifikation hat die Alte Leipziger Bauspar AG einen Neu-Produkte-Prozess

etabliert. Dieser sieht als festen Bestandteil eine Risikoanalyse vor dem Start von Geschäftsaktivitäten in neuen Produkten oder auf neuen Märkten vor.

Im Zuge des Prüf- und Bewertungsprozesses für Auslagerungen beschäftigt sich das Unternehmen mit den Risiken, die die Beauftragung externer Partner mit Dienstleistungen mit sich bringen.

Konform mit den Anforderungen der DORA trägt ein umfassender IKT-Risikomanagementrahmen dazu bei, IKT-Risiken angemessen zu kontrollieren.

Risikobewertung

Für jede wesentliche Risikoart wurden Risikoindikatoren festgelegt, die Frühwarn- und/oder Überwachungscharakter haben. Auch werden Steuerungsgrößen als Risikoindikatoren geführt. Ziel ist es, einerseits Risikoindikationen für die zu erwartenden Bewegungen in der Risikostruktur aufzuzeigen und andererseits ergänzende Impulse zur Konkretisierung von Handlungsmaßnahmen zu liefern. Die Intensität der resultierenden Konsequenzen leitet sich aus einer Ampellogik ab.

Die Angemessenheit des Kapitals wird über drei Komponenten sichergestellt: Die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive, in der normativen Perspektive und perspektivenübergreifend innerhalb des Stresstestprogramms. Die normative und ökonomische Perspektive haben grundsätzlich den gleichen steuerungsrelevanten Stellenwert.

Normative Perspektive (Kapitalplanung)

Mittels der normativen Perspektive wird die Fähigkeit zur Einhaltung der regulatorischen Mindestkapitalanforderungen in einem angelegten Planungszeitraum nachgewiesen. Ziel der Kapitalplanung ist es, etwaigen Kapitalbedarf in einem möglichst frühen Stadium zu identifizieren und frühzeitig geeignete Maßnahmen einzuleiten. Die relevanten Steuerungsgrößen sind dementsprechend alle regulatorischen kapitalbezogenen Kennziffern. Die in der normativen Perspektive anzuwendenden Verfahren zur Risikoquantifizierung ergeben sich direkt aus den Anforderungen der CRR an die risikogewichteten Positionsbeträgen für Kredit- und operationelle Risiken sowie an die Zusammensetzung der Eigenmittel.

Das Basisszenario beinhaltet die Erwartungshaltung für den Planungszeitraum und reflektiert erwartete Veränderungen der Geschäftstätigkeit und der strategischen Ziele unter Beachtung möglicher Veränderungen des Markt- und Wettbewerbsumfelds. Zusätzlich wird möglichen negativen Abweichungen vom geplanten zukünftigen Geschäftsverlauf im Rahmen der Simulation von adversen Entwicklungen Rechnung getragen.

Zum Stichtag 31. Dezember 2025 wurde eine Gesamtkapitalquote von 28,5 % (25,1 %) sowie eine Leverage Ratio von 5,4 % (4,2 %) ermittelt. Beide Kennzahlen liegen signifikant über den Mindestanforderungen. Die Großkreditobergrenzen wurden eingehalten.

Ökonomische Perspektive (Risikotragfähigkeit i.e.S.)

Zielsetzung der ökonomischen Perspektive ist die Sicherstellung der Abdeckung aller wesentlichen Risikopotenziale durch das verfügbare Risikodeckungspotenzial.

Die Bausparkasse strebt hierbei eine wertorientierte Ableitung von Risiken und Risikodeckungspotenzial an. Im Rahmen der Methodenfreiheit werden geeignete Messverfahren genutzt, die eine ausreichende Genauigkeit mit einer für das Institut angemessenen Komplexität austarieren und den Grundsatz der Proportionalität reflektieren.

Die relevante Steuerungsgröße ist die Beanspruchung der bereit gestellten Risikodeckungsmasse durch den Gesamtrisikobeitrag. Zusätzlich werden die Risikobeiträge der einzelnen Risiken durch eine entsprechende Allokation der Risikodeckungsmasse in Form von Risikolimiten überwacht.

Risikokonzentrationen werden berücksichtigt, indem von einem gleichzeitigen Eintritt aller Risiken ausgegangen wird. Auf die Abbildung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikoarten wird verzichtet. Konzentrationsrisiken wird innerhalb des jeweiligen Risikos Rechnung getragen.

Auch in der ökonomischen Perspektive halten wird ein Normalszenario vor und untersuchen negative Entwicklungen auf die Risikotragfähigkeit in Form von Stressszenarien.

Als Risikodeckungspotenzial steht in der ökonomischen Perspektive 287 Mio. € (198 Mio. €) bereit. Die Auslastung per 31. Dezember 2025 lag bei 10,5 % (21,1 %).

Stresstestprogramm

Übergreifendes Element des Risikotragfähigkeitskonzepts ist das Stresstestprogramm. Zur Analyse der Auswirkungen außergewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse werden regelmäßig und anlassbezogen Stresstests durchgeführt.

Mit Hilfe der implementierten Stresstests wird überprüft, ob die Risikotragfähigkeit in beiden Perspektiven unter ungünstigen ökonomischen Rahmenbedingungen weiterhin sichergestellt werden kann.

Die Ausgestaltung der Stresstests steht im Einklang mit der Komplexität und Risikoexponierung. Der Konzeption nach bilden übergreifende Szenariodefinitionen die Basis für die normative und die ökonomische Perspektive, sodass eine inhaltliche Konsistenz erreicht wird.

Sie bilden sowohl institutseigene als auch marktweite Ursachen ab, deren Wirkungszusammenhänge auf die identifizierten Stellhebel übersetzt werden.

Risikosteuerung

Die Risiko- und Kapitalsteuerung beschäftigt sich mit der Fragestellung, welche Maßnahmen durchzuführen sind, um die gemessenen und analysierten Risiken zu steuern bzw. Auffälligkeiten sachgerecht zu begegnen.

Die Operationalisierung erfolgt durch eine konsistente Einbettung in die Planungsprozesse, ein standardisiertes Monitoring der Steuerungsgrößen sowie einen regelmäßigen Reporting Prozess mit klaren Verantwortlichkeiten und Eskalationsstufen. Maßnahmen werden im Bedarfsfall individuell bzw. situativ ausgearbeitet.

Risikokontrolle

Bei der Ausgestaltung des Berichtswesens wird auf Adressatengerechtigkeit, Nachvollziehbarkeit, Aussagekraft und Vollständigkeit Wert gelegt.

Die eingesetzten Modelle bilden komplexe Zusammenhänge der wirtschaftlichen Wirklichkeit vereinfachend ab. Potenziale für Modellrisiken werden durch einen zweistufigen Modellbewertungsprozess, bestehend aus den beiden

Komponenten Modellangemessenheitsprüfung und Modellrisikobewertung, ermittelt.

Alle Methoden, Modelle und Prozesse und darauf aufbauende Anwendungen sind mit eindeutigen Zuständigkeitsregelungen, technischen Standards und klaren Verantwortlichkeiten versehen.

Alle Ergebnisse, die Teil des Berichtswesens oder der Risikokommunikation sind und auf deren Basis Entscheidungen getroffen werden, unterliegen einem Vier-Augen-Prinzip und damit einer Qualitätssicherung.

Zu Dokumentationszwecken wird eine der Komplexität des Unternehmens angemessene schriftlich fixierte Ordnung, die bei Veränderungen der Aktivitäten und Prozesse zeitnah angepasst wird, vorgehalten.

Die Risikomanagementprozesse werden mindestens jährlich sowie anlassbezogen bei sich ändernden Bedingungen auf ihre Angemessenheit überprüft.

Als wesentliche Risiken werden die Adressen-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, die Ertragsrisiken im Kollektiv, operationelle Risiken und strategische Risiken identifiziert.

Adressenrisiken

Adressenrisiken beschreiben die Gefahr, dass Kreditnehmer bzw. Emittenten/Kontrahenten im Rahmen von Kapitalanlagegeschäften ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht oder nicht vollständig nachkommen (Ausfallsrisiko), herein-genommene Sicherheiten während der Laufzeit teilweise oder ganz an Wert verlieren (Besicherungsrisiko) oder die Wahrscheinlichkeit hierfür durch Verschlechterung der Bonität steigt (Migrationsrisiko). Unterschieden werden die Ausprägungen Kreditrisiken und Emittentenrisiken. Das Emittentenrisiko umfasst auch den wesentlichen Risikobestandteil des Länderrisikos im Kapitalanlagegeschäft.

Nach Maßgabe des Bausparkassengesetzes ist ausschließlich eine Finanzierungstätigkeit für wohnungswirtschaftliche Maßnahmen zulässig. Die Alte Leipziger Bauspar AG konzentriert sich auf Endkunden, insbesondere auf die Zielgruppe der Privatkunden. Gewerbefinanzierungen werden nur in Einzelfällen hereingenommen.

Eine Kreditvergabe erfolgt nur für Privatkunden mit Wohnsitz und zu finanzierendem Objekt innerhalb Deutschlands in der Währung Euro.

Die angebotene Produktfamilie besteht aus Modernisierungsdarlehen, Eigentümerergänzungsdarlehen, Bauspardarlehen, Vorausdarlehen, Zwischenfinanzierungen und Annuitätendarlehen. Bestandteil des Angebots sind auch Riester-Bauspardarlehen und Riester-Vorausdarlehen sowie alle KfW-Darlehen der wohnwirtschaftlichen Förderprogramme. Die Kreditvergabe ist mit einem stringenten klar eingrenzenden Risikoprofil verbunden.

Kreditentscheidungen fußen im Mengengeschäft in der Regel auf Scoringverfahren, die eine individuelle Bewertung der Ausfallwahrscheinlichkeit und der Verlustrate beinhalten. Dieses IRBA-konforme Verfahren wird neben der Nutzung im Antragsverfahren auch als Bestandsscoring regelmäßig aktualisiert. Die Risikoklassifizierung basiert auf einem Gerüst an Risiko-determinierenden Merkmalen.

Rückständige Engagements sind bereits ab erster Mahnung Teil der Intensivbetreuung. Erkennbaren Ausfallrisiken wird durch die Bildung einer Risikovorsorge in Form von Einzelwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen. Die Bildung einer Einzelwertberichtigung erfolgt bei Forderungsausfall auf Basis des unbesicherten Teils dieser Forderung. Hierzu werden die der Finanzierung zugrunde gelegten Sicherheiten neu bewertet, ein evtl. Blankoanteil der Forderung wird vollständig wertberichtigt. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen erfolgt handelsrechtlich nach dem Standard im IDW RS BFA 7 statt. Notleidende Forderungen werden abgeschrieben, wenn deren Uneinbringlichkeit feststeht.

Die Risikovorsorge 2025 beläuft sich auf 0,7 Mio. € und ist zum größten Teil bestimmt durch Zuführungen in den Einzelwertberichtigungen.

Eine Kapitalanlage wird ausschließlich zur Zwischenanlage überschüssiger Kollektivmittel in Verbindung mit der Einhaltung der regulatorischen Anforderungen an die Liquiditätsdeckung betrieben. Das Produktportfolio sieht Geldanlagen (Tages- und Termingeldanlagen) und Anlagen in Wertpapiere (Inhaber-, Namenspapiere und Schuldscheindarlehen) vor.

Die Kapitalanlagen genügen besonders konservativen Standards. Zusätzlich zu den restriktiven gesetzlichen Vorgaben sind weitere risikobegrenzende Elemente bezogen auf Ratings, Laufzeiten, Losgrößen, Länderzuordnungen, Währungen, sowie weiterhin einen Verzicht auf Emittentenkündigungsrechte, Einschränkungen an Soft Bullet-Strukturen sowie eine uneingeschränkte Liquidierbarkeit definiert. Umwelt-, Sozial- und Governance-Faktoren sind dabei zusätzlich ein integraler Bestandteil der Investitionsentscheidungen.

Der Risikobeitrag für das Kreditrisiko in der ökonomischen Perspektive wird mittels eines Value at Risks auf Basis eines Ein-Faktor-Asset Value-Modells ermittelt. Das Ausfallrisiko und das Besicherungsrisiko sind inhärenter Teil der Modellparametrisierung. Das Migrationsrisiko wird über eine Verschiebung der Ausfallwahrscheinlichkeiten abgebildet.

Der Risikobeitrag für das Emittentenrisiko in der ökonomischen Perspektive wird über einen Pauschalwertansatz ermittelt.

Der Risikowert für das Adressenrisiko wird zum 31. Dezember 2025 mit 9,7 Mio. € (10,0 Mio. €) bemessen. Hiervon entfallen 8,1 Mio. € (8,3 Mio. €) auf das Kreditrisiko und 1,6 Mio. € (1,6 Mio. €) auf das Emittentenrisiko.

Im normativen Steuerungskreis werden die risikogewichteten Aktiva (RWA) für Wertpapiere nach dem KSA-Ansatz und für das Kreditgeschäft nach dem IRB-Ansatz ermittelt.

Die RWA für das Adressenrisiko beliefen sich zum 31. Dezember 2025 auf 327,0 Mio. € (240,2 Mio. €). Hiervon entfallen 223,5 Mio. € (214,9 Mio. €) auf den IRB-Ansatz und 16,3 Mio. € (25,3 Mio. €) auf den KSA-Ansatz. Die Floor-RWA belaufen sich auf 23,6 Mio. € (0,0 Mio. €).

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken beschreiben die Gefahr von Verlusten aufgrund von Veränderungen der Marktpreise im Sinne potenzieller negativer Veränderung der Positionswerte.

Da weder Geschäfte in Fremdwährung abgeschlossen noch mit Aktien oder aktienähnlichen Produkten gehandelt wird, werden die Ausprägungen Zinsänderungsrisiken und Credit Spread-Risiken unterschieden.

Zinsänderungsrisiken beschreiben die Gefahr marktzensinduzierter Abweichungen zukünftiger Zinsüberschüsse und ggf. weiterer zinsabhängiger Ergebnisbestandteile von einem zuvor erwarteten Wert.

Das Zinsänderungsrisiko wird maßgeblich durch das Bauparkkollektiv bestimmt, das durch eine branchentypische asymmetrische Risikoposition aufgrund der fixen Kollektivzinsen, der seiner Langfristigkeit geschuldeten allgemeinen Trägheit sowie ein in hohem Maße vom Marktzinsniveau abhängiges Kundenverhalten im Hinblick auf Darlehensinanspruchnahme und Neuabschlüsse charakterisiert ist.

Auswirkungen von Marktzinsveränderungen werden sowohl periodisch als auch barwertig betrachtet. Mögliche Steuerungsmaßnahmen ergeben sich aus der jeweils aktuellen Marktzinssituation und bestehen aus Elementen der Aktiv-Passiv-Steuerung, wie der verstärkten Umsetzung fristenkongruenter Refinanzierung, und aus der langfristig ausgerichteten Kollektivpolitik.

Grundlage für das Kollektiv bildet ein einzelvertragsbasiertes, über Neugeschäfts- und Verhaltensparameter gesteuertes Kollektivsimulationsmodell. Das Kollektiv ist ein Teil der übergreifenden Zinsbindungsbilanz, die auch alle sonstigen aktivischen, passivischen und außerbilanziellen Bestände enthält, und nach verschiedenen modifizierten Zinsstrukturkurven differenziert wird.

Credit Spread-Risiken beschreiben die Gefahr von negativen Wertveränderungen im Wertpapierbestand aufgrund einer Veränderung der am Markt verlangten Credit Spreads für Papiere der jeweiligen Emittenten.

Alle Wertpapiere der Eigenanlage werden in der Regel bis zur Endfälligkeit gehalten und dem Anlagevermögen zugeordnet. Credit Spread-Risiken werden daher nur ergebniswirksam, wenn ein Wertpapier vor seiner Endfälligkeit veräußert wird.

Der Risikobeitrag für das Zinsänderungsrisiko in der ökonomischen Perspektive wird unter Verwendung einer Standard-Software in Form des periodischen Zinsergebnisses sowie mittels einer Delta-Barwertbetrachtung anhand diverser Zinsszenarien quantifiziert.

Der Risikobeitrag für das Credit Spread-Risiko in der ökonomischen Perspektive wird mittels eines Value at Risks auf Basis einer historischen Simulation quantifiziert.

Der Risikowert für das Marktpreisrisiko wird zum 31. Dezember 2025 mit 10,8 Mio. € (19,1 Mio. €) bemessen. Hier von entfallen 7,6 Mio. € (15,5 Mio. €) auf das Zinsänderungsrisiko und 3,2 Mio. € (3,6 Mio. €) auf das Credit Spread-Risiko.

Im normativen Steuerungskreis werden die Zinsänderungsrisiken mittels simulierter GuV-Größen in den adversen Szenarien berücksichtigt. Credit Spread-Risiken sind hier nicht relevant.

Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken beschreiben die Gefahr, eigene Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt erfüllen zu können, d.h. seinen gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht vollständig bzw. fristgerecht nachkommen zu können. Hierunter werden die wesentlichen Risikobestandteile Zahlungsunfähigkeitsrisiken und Refinanzierungskostenrisiken verstanden.

Die baupartypischen Refinanzierungsoptionen gewährleisten hierbei eine ausreichende Diversifikation der Refinanzierungsquellen und der taggleich verfügbaren Liquiditätspuffer.

Ziel des Liquiditätsrisikomanagements ist es, die möglichen künftigen Liquiditätsengpässe rechtzeitig zu erkennen, entsprechende Steuerungsmaßnahmen vorzubereiten und zu ergreifen. Vorsorge wird dabei in zweierlei Hinsicht getroffen. Einerseits wird sichergestellt, dass freie Liquiditätspotenziale in ausreichender Höhe zur Schließung möglicher Liquiditätslücken zur Verfügung stehen und andererseits wird berücksichtigt, dass die Inanspruchnahme freier Liquiditätspotenziale zur Schließung dieser Liquiditätslücken mit einer zusätzlichen tragbaren GuV-Belastung verbunden ist.

Um auf unerwartete Geldabflüsse kurzfristig reagieren zu können, wird auf eine angemessene Fungibilität der Wertpapiere geachtet.

Zudem werden die Inhaberschuldverschreibungen im Dispositionsdepot der Deutschen Bundesbank geführt. Hierdurch besteht jederzeit die Möglichkeit, sowohl am

Offenmarktgeschäft teilzunehmen als auch die Spitzenrefinanzierungsfazität zu nutzen.

Die Simulation des Bausparkollektivs wird mittels einer zertifizierten Software durchgeführt, mit der die Konsequenzen unterschiedlichster Verhaltensweisen von Bausparern für die Liquidität determinierende Parameter ermittelt werden können.

Die LCR-Quote lag während des Berichtsjahres zwischen 118,3 % und 181,1 % bzw. per 31. Dezember 2025 bei 118,3 % (146,8 %). Die Mindestanforderung wurde im gesamten Jahresverlauf übertroffen.

Der Risikobeitrag für das Liquiditätsrisiko in der ökonomischen Perspektive wird über eine Bemessung der potenziellen Kosten der Schließung von Liquiditätslücken durch Inanspruchnahme freier Liquiditätspotenziale quantifiziert.

Der Risikowert für das Liquiditätsrisiko wird zum 31. Dezember 2025 mit 1,3 Mio. € (3,1 Mio. €) bemessen. Der Überlebenshorizont liegt bei mindestens 5 Jahren. Die Zahlungsfähigkeit ist auf Grund ausreichender Liquiditätsreserven gesichert.

Im normativen Steuerungskreis werden Liquiditätsrisiken mittels simulierter GuV-Beiträge in den adversen Szenarien berücksichtigt.

Das kurzfristige Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird außerhalb der Risikotragfähigkeit gemessen.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken beschreiben die Gefahr von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden, einschließlich Rechtsrisiken. Darunter werden Personalrisiken, Datenverarbeitungsrisiken, Auslagerungsrisiken, Projektrisiken und Risiken aus höherer Gewalt sowie die für uns wesentlichen Risikobestandteile IKT-Risiken, Rechts-/Compliance-/Kriminalitätsrisiken und Geschäftsprozess-/Organisationsrisiken verstanden.

Die Alte Leipziger Bauspar AG begegnet den unterschiedlichen Ausprägungen des operationellen Risikos durch vielfältige aufbau- und ablauforganisatorische

Schutzmaßnahmen sowohl auf Ebene der einzelnen Geschäftsbereiche als auch geschäftsbereichsübergreifend. Zentrale Elemente sind hierbei die konsequente Erfassung aller relevanten Schadensereignisse und damit verbundene Schadensaufwände in einer Schadensfallsammlung sowie eine Prognose des Schadenspotenzials in Form von Szenarioanalysen.

Rechtsrisiken bilden wir im Risikobeitrag für das operationellen Risiko in der ökonomischen Perspektive durch einen entsprechend konzentrierte Schadensnachverfolgung in der hierfür relevanten Schadensfallsammlung ab. Der derzeitige Stand der Rechtsprechung spiegelt sich in der aktuellen Risikobewertung wider.

Der Risikobeitrag für das operationelle Risiko in der ökonomischen Perspektive wird durch einen Abgleich der historische Schadenserfahrung mit dem prognostizierten zukünftigen Verlustpotenzial ermittelt.

Der Risikowert für das operationelle Risiko wird zum 31. Dezember 2025 mit 2,4 Mio. € (3,8 Mio. €) bemessen. Ursächlich für den Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist eine anlassbezogene Methodenänderung.

Im normativen Steuerungskreis werden die risikogewichteten Aktiva (RWA) für das operationelle Risiko nach dem Standardmessansatz ermittelt.

Die RWA für das operationelle Risiko beliefen sich zum 31. Dezember 2025 auf 63,5 Mio. € (31,0 Mio. €). Grund hierfür ist die im Zuge CRR3-Implementierung durchzuführende Umstellung vom Basisindikatorenansatz auf den nun anzuwendenden Standard-Messansatz für Operationelle Risiken.

Ertragsrisiken im Kollektiv

Ertragsrisiken im Kollektiv beschreiben die Gefahr nicht ausreichend hoch gebildeter Rückstellungen im Kollektivgeschäft, die für die Inanspruchnahme von Zinsboni und die Abschlussgebührenrückerstattung gebildet werden.

Die Alte Leipziger Bauspar AG versteht darunter die wesentlichen Risikobestandteile der Inanspruchnahme von Zinsboni.

Ursächlich für das Risiko sind potenzielle nicht vorhersehbare Veränderungen im Kundenverhalten, die dazu führen

können, dass die für die Bemessung der Rückstellungen relevanten Verhaltensparameter unterschätzt wurden.

Für eine möglichst korrekte Prognose der Ausübung der Optionsrechte der Bausparer werden beobachtete Entwicklung des Sparverhaltens, der Darlehensverzichter und der Kündigungsquote ausgewertet und in regelmäßige Kollektivsimulationen integriert. Diese ist die Grundlage für die jährliche Rückstellungsbildung für Zinsboni.

Zur Steuerung der Ertragsrisiken im Kollektiv wird grundsätzlich zwischen langfristig wirksamen Tarifänderungen für Neuabschlüsse und kurzfristig wirksamen Bestandseingriffen unterschieden. Des Weiteren können die Einforderung des Regelsparbeitrags in Verbindung mit der Kündigung von Besparungsabbrechern oder auch die verstärkte Ablehnung von Sonderzahlungen oberhalb des Regelsparbeitrags als Steuerungsmaßnahmen eingesetzt werden.

Der Risikobeitrag für das Ertragsrisiko im Kollektiv in der ökonomischen Perspektive wird über Szenarien in Form einer unerwarteten Erhöhung der geplanten Rückstellungsverbräuche quantifiziert.

Der Risikowert für das Ertragsrisiko im Kollektiv wird per 31. Dezember 2025 mit 0,4 Mio. € (0,7 Mio. €) bemessen.

Im normativen Steuerungskreis werden Ertragsrisiken im Kollektiv mittels simulierter Bildung von Zinsbonusrückstellungen in den adversen Szenarien berücksichtigt.

Strategische Risiken

Strategische Risiken beschreiben die Gefahr einer nachteiligen, vom erwarteten Ergebnis abweichenden Geschäftsentwicklung in Folge geschäftspolitischer Grundsatzentscheidungen, fehlender Anpassungsfähigkeit oder aufgrund unerwarteter Veränderungen wirtschaftlicher oder sonstiger externer Marktbedingungen systemischer oder makroökonomischer Herkunft.

Für die Alte Leipziger Bauspar AG sind die wesentlichen Risikobestandteile Geschäftsmodellrisiken, Vertriebsrisiken, makroökonomische Risiken und Eigenkapital-/Verschuldungsrisiken.

Aufgrund des im Bausparkassengesetz statuierten Geschäftsmodells gelten strenge Rahmenbedingungen, die

die Möglichkeiten der Diversifikation der Ertragsstruktur determinieren.

Das Risiko, die in die Vertriebsplanung eingearbeiteten Neugeschäftsziele nicht erreichen zu können oder die Weiterentwicklung des Geschäftsmodells im Zuge sich verändernder Rahmenbedingungen zu verfehlen, ist ein Kernrisiko einer vertriebsorientierten Bank.

Um eine ausgewogene Zusammensetzung des Eigenkapitals hinsichtlich seiner Höhe und Art in Verbindung mit den Kosten einer potenziellen strukturellen Korrektur zu gewährleisten, wird eine integrierte Ertrags-, Kapital- und Refinanzierungsplanung erstellt, die Szenario-basierte Prognosen aller wichtigen ökonomischen Steuerungsgrößen und regulatorischer Kennziffern liefert.

Der Risikobeitrag für das strategische Risiko in der ökonomischen Perspektive bemisst sich anhand einer Analyse von historischen Plan-Ist-Abweichungen des Zins- und Provisionsergebnisses.

Der Risikowert für das strategische Risiko wird per 31. Dezember 2025 mit 5,5 Mio. € (5,0 Mio. €) bemessen.

Im normativen Steuerungskreis werden strategische Risiken gesamthaft mittels simulierter adverser Geschäftsentwicklung in Form einer GuV- und Bilanzfortschreibung berücksichtigt.

Das Eigenkapital-/Verschuldungsrisiko wird außerhalb der Risikotragfähigkeit gemessen.

Konzentrationsrisiken und Nachhaltigkeitsrisiken stellen Querschnittsrisiken dar, d.h. sie bilden keine eigene Risikokategorie oder Teilrisiko, sondern gehen mit Wertfaktoren für die Einschätzung möglicher zusätzlicher Verlustpotenziale einher und können sich demnach auf bereits identifizierte Risiken auswirken.

Mögliche Konzentrationsrisiken sind im Zusammenhang mit den operationellen Risiken zu sehen (Cyberkriminalität, systematisches menschliches Fehlverhalten oder mangelnde Datenerfassung, Rückerstattungsansprüche wg. Rechtmäßigkeit von Gebühren, bzw. Gerichtsverfahren im Allgemeinen, großvolumige Einzel-Ereignisse und die Abhängigkeit von Auslagerungsunternehmen). Ein starker Einflussfaktor bleibt weiterhin die Zinsentwicklung im Euro-Raum mit

Einflüssen auf zinsinduzierten Verhaltensparameter im Bausparkollektiv oder generell auf das Neugeschäft. Bei einer vertriebsorientierten Bank spielt die Reputation am Markt eine wichtige Rolle für nachhaltige Vertriebsfolge. Daneben bergen makroökonomischen Entwicklungen (allgemeine Kreditqualität, wohnwirtschaftlicher Immobilienmarkt) Potenzial für höhere mittlere Risikogewichte. Ebenfalls auf das Adressrisiko wirken großvolumige risikobelastete Einzelpositionen bzw. die Losgrößenkonzentration im Wertpapierbestand. Im Bereich des Personalrisikos bergen der Fachkräftemangel, Ressourcenengpässe und die Nachbesetzung von Schlüsselkompetenzen besondere Risiken. In diesen Zusammenhang ist auch die zunehmende Komplexität der Regulatorik zu setzen. Der Einsatz von komplexen Modellen birgt die Gefahr von Modellrisiken. Insgesamt stellt die Eindimensionalität des Geschäftsmodells eine Herausforderung dar.

Mögliche Nachhaltigkeitsrisiken sind im Zusammenhang mit der ESG-Konformität von Finanzierungsobjekten und Wertpapieranlagen zu sehen. Erhöhte Risiken resultieren aus etwaigen punktuellen Ereignissen aus den Bereichen Klimawandel, politische Lage, Verknappung von Ressourcen, Energieversorgung und stabile Lieferketten. Übergeordnet stellt eine Geschäftsmodelladjustierung bzw. Adaptierungsproblematik in Form einer nachhaltigen Ausrichtung und Marktpositionierung eine Herausforderung dar. Weitere Aspekte sind die ESG-Konformität von Auslagerungsunternehmen, die nachhaltigkeitsbezogene Reputation sowie ein etwaig höherer Kapitalbedarf durch Abdeckung von ESG-Risikotreibern.

Zusammenfassende Darstellung der Risikosituation

Der seit 2022 zu verzeichnende signifikante Zinsanstieg hat zu einer strukturellen Veränderung des Zinsumfelds gegenüber der vorherigen Niedrigzinsphase geführt. Die Inflationsrate hat sich im Verlauf des Jahres 2025 weiter der Zielmarke angenähert, zugleich führte die zuvor restriktive Geldpolitik zu einer anhaltenden konjunkturellen Eintrübung. Hinzu kamen weiterhin strukturelle Herausforderungen, wie die Umsetzung der Energiewende, politische Unsicherheiten, sich qualitativ verschlechternde Standortfaktoren sowie internationale Krisenherde. Die seit Mitte des Jahres 2024 eingeleiteten Zinssenkungen wirkten im Jahr 2025 grundsätzlich stabilisierend, konnten die wirtschaftliche Schwächesituation jedoch nur begrenzt

kompensieren. In der Folge verblieb der Frühwarnindikator der Insolvenzzraten auf einem deutlich erhöhten Niveau.

Die Auswirkungen des vorangegangenen Zinsanstiegs zeigten sich weiterhin in erhöhten Finanzierungskosten sowie in einer rückläufigen beziehungsweise stagnierenden Entwicklung der Immobilienpreise. Verstärkend wirkten die forcierte Transformation hin zu einer nachhaltigen Wohnwirtschaft sowie die intensivierete Berücksichtigung von Klimarisiken. Im Ergebnis zeigte sich eine weiter zunehmende Spreizung der Immobilienwerte, insbesondere im Hinblick auf Energieeffizienz, zustandsorientierte Instandhaltung und Standortexponierung. Die Bauzinsen entwickelten sich im Jahresverlauf 2025 in einer seitwärts gerichteten Wellenbewegung. Die Immobilienpreise stabilisierten sich auf einem insgesamt hohen Niveau, während die Bautätigkeit weiterhin hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückblieb.

Die Preisentwicklung auf den Immobilienmärkten, divergierende Wertansätze der hereingenommenen Pfandobjekte sowie kostenintensivere Anschlussfinanzierungen infolge des veränderten Zinsumfeldes führten tendenziell zu steigenden Kreditrisiken. Der Einsatz von Bausparprodukten zur Zinssicherung auf der einen Seite und die zuletzt wieder leicht erhöhte Nachfrage nach Baufinanzierungen auf der anderen Seite stellten besondere Anforderungen an die strategische Risikosteuerung.

Den Risiken wird mit unterschiedlichen Gegensteuerungsmaßnahmen begegnet. Insbesondere sind hier aufsichtsrechtliche Maßnahmen, wie etwa die Berücksichtigung zusätzlicher Kapitalpuffer, aber auch interne Maßnahmen, wie etwa Konditionsanpassungen, Forcierung der

Bonitätsprüfung, die Stärkung der Kapitalbasis oder eine Intensivierung der Beobachtung der Risiken zu nennen.

Im Jahr 2025 verfügte die Bausparkasse im ökonomischen Steuerungskreis stets über eine ausreichende Risikotragfähigkeit. Die gemessenen Risiken waren zu jedem Stichtag durch vorhandene Risikodeckungsmassen abgedeckt. Die durchgeführten Szenariorechnungen ließen keine Anzeichen für eine unmittelbar aufkommende Gefahrensituation erkennen. Im normativen Steuerungskreis wurden in 2025 die erforderlichen aufsichtsrechtlichen Grenzwerte der Steuerungsgrößen sowohl zu den Berichtsstichtagen als auch über einen Planungshorizont von mindestens drei Jahren im Basisszenario und im adversen Szenario eingehalten.

In einem laufenden Diskurs der europäischen Aufsicht und der Bausparkassenbranche über den Sachverhalt "Bewertung des Fortsetzerbestandes entsprechend § 5 CRR" und einer daraus resultierenden Erhöhung der Eigenmittelunterlegung nach § 166 CRR sind noch keine verbindlichen Aussagen getroffen worden.

Vor diesem Hintergrund zeigen die Messung und Beurteilung bestehender und zukünftiger Risiken bis zur Aufstellung dieses Jahresabschlusses keine Auffälligkeiten, die die zukünftige Entwicklung nachhaltig gefährden könnten.

Nach Überzeugung der Alte Leipziger Bauspar AG sind alle erkennbaren Risiken angemessen berücksichtigt und Verlustpotenziale durch den verfügbar gemachten Anteil der Risikodeckungsmasse abgedeckt.

Prognose- und Chancenbericht

Der Wunsch in der Bevölkerung nach einer eigenen Immobilie⁹ ist weiterhin stark ausgeprägt. Voraussetzung hierfür ist eine verlässliche und bezahlbare Finanzierung und der Aufbau des erforderlichen Eigenkapitals. Die Bausparkassen nehmen hier unverändert eine starke Position ein, unsere Produktangebote mit langfristig zinssicheren Finanzierungsmodellen und

attraktiven Bausparverträgen erfüllen die Erwartungen des Marktes.

Nach unserer Einschätzung wird das Zinsniveau in diesem Jahr stagnieren oder moderat ansteigen. Die Baukosten werden

⁹ Heute reich, morgen arm“ re:publik insb. Seiten 11-13
(https://www.bausparkassen.de/wp-content/uploads/2025/12/Heute-reich-morgen-arm_WEB.pdf)

voraussichtlich moderat – leicht oberhalb der allgemeinen Inflationsrate – steigen.

Die Voraussetzung für unser geplantes Neugeschäft schaffen wir durch die erfolgreiche Einbindung in den leistungsstarken und etablierten Vertrieb der ALH Gruppe, durch die intensive Betreuung ausgewählter Makler und Vertriebspartner sowie durch eine Stärkung unseres Direktvertriebes.

Im Jahr 2025 wurde unser Bauspar-Tarif „AL_Neo“ erneut von unabhängigen Testern ausgezeichnet. Neben der Auszeichnung bester Bauspartarif 2025 von der WirtschaftsWoche in Kooperation mit FMH erhielten die Konditionen im Bausparvergleich der Fachzeitschrift Euro in Kooperation mit dem DKI die beste Bewertung im Test. Die kundenorientierte und profitable Weiterentwicklung unseres Produktportfolios ist im Projektplan für 2026 fest verankert.

Wir setzen Nachhaltigkeit in ökologische, ökonomische und sozialverträgliche Handlungsweisen um und interpretieren diese als einen festen Bestandteil unseres langfristig ausgerichteten Geschäftsmodells, dessen Priorität die risiko- und verantwortungsbewusste Vergabe von Immobilienfinanzierungen ist. Neben der sukzessiv geplanten Stärkung unseres nachhaltigen Produktangebots zur Finanzierung ökologischer Maßnahmen beschäftigen wir uns auch mit der aktuellen und zukünftigen Wirkung unserer eigenen Ressourcennutzung in unseren Wertschöpfungsketten.

Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung und Automatisierung. Mit dem Projekt ALB-Fast wird unser Kerngeschäft profitabel und zukunftsfest aufgestellt. Bestandteile dieses Projektes sind unter anderem die Integration der RPA¹⁰-Technologie in weitere Prozesse, eine verbesserte Prozesssteuerung und eine Optimierung der operativen Vertriebssteuerung.

Wir erwarten keine Veränderungen der Eigentümerstruktur und gehen davon aus, dass die Alte Leipziger Bauspar AG weiterhin als Tochtergesellschaft der Alte Leipziger Holding AG geführt wird.

Die nachfolgenden Prognosen zur voraussichtlichen Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beruhen auf Annahmen zur künftigen Geschäftsentwicklung sowie auf den zum Zeitpunkt der Berichterstattung verfügbaren Informationen. Abweichungen aufgrund veränderter Rahmenbedingungen sind möglich.

Prognose der Ertragslage

Wir planen unsere profitable Wachstumsstrategie fortzusetzen, die sich positiv auf die Ertragslage im laufenden Geschäftsjahr auswirken wird.

Im Bereich der Kreditvergabe für Wohnimmobilien wird marktweit ein moderater Aufwärtstrend erwartet.¹¹

Das unter strikter Beachtung einer risikobegrenzenden Annahmepolitik betriebene Baufinanzierungsgeschäft steht nach wie vor im Fokus unserer vertrieblichen Aktivitäten. Dank unserer ausgezeichneten Produkt- und Servicequalität sind wir davon überzeugt, gemeinsam mit unseren Vertriebspartnern und einem Ausbau unseres Direktvertriebes im Bereich der Immobilienfinanzierung die Marktposition auszubauen und neue Kunden und Geschäftspartner gewinnen zu können.

Insofern ist die Grundlage für eine Steigerung des außerkollektiven Baufinanzierungsneugeschäfts auf über 210 Mio. € in 2026 gegeben.

Die Rahmenbedingungen für das Bausparen sind im Markt weiterhin positiv, die Erschwinglichkeit von Wohneigentum ist weiterhin herausfordernd, so dass die Vorsparfunktion des Bausparens seine Berechtigung im Markt behält.¹² Das Bauspar-Neugeschäft der gesamten Branche erwarten wir daher insgesamt leicht über dem Niveau des Jahres 2025. Durch die Qualität unseres aktuellen Tarifs und durch unsere vom Vertrieb und den Kunden geschätzten Servicequalität gehen wir von einem beantragten Bauspar-Neugeschäft in Höhe von 600 Mio. € aus, was über dem Neugeschäft des Jahres 2025 liegt.

¹⁰ Robotic Process Automation

¹¹ FAZ vom 28.01.2026

<https://www.faz.net/aktuell/finanzen/finanzmarkt/finanzaufsicht-bafin-wittert-knall-an-finanzmaerkten-110826915.html>

¹² Der Bank-Blog vom 21.01.2026 <https://www.der-bank-blog.de/fuenf-schlusselfaktoren-bausparen-jahr2026/retail-banking/37727754/>

Aufgrund unserer risikoorientierten Annahmepolitik im Baufinanzierungsgeschäft erkennen wir aktuell keine signifikante Zunahme an Kreditausfällen.

Durch die erfolgreiche Umsetzung von Bestandsmaßnahmen zum Abbau höherverzinslicher Bauspareinlagen erwarten wir mittelfristig ein deutlich verbessertes Zinsergebnis. Durch die geringere Verzinsung unserer Refinanzierungsmittel und eine steigende Verzinsung der Baudarlehen erwarten wir ein Zinsüberschuss in Höhe von 31,6 Mio. € und somit deutlich über dem Niveau des Vorjahres. Unsere bereits in den Vorjahren etablierte Kostendisziplin werden wir auch in 2026 fortführen. Der Verwaltungsaufwand inkl. Abschreibungen soll mit maximal 24,4 Mio. € auf dem Vorjahresniveau verbleiben.

Unter Berücksichtigung der erwarteten Ertrags- und Kostenentwicklung rechnen wir mit einem positiven operativen Ergebnis in Höhe von 1,8 Mio. €. Mittelfristig werden wir auch durch unser geplantes Wachstum weiterhin positive operative Ergebnisse erzielen.

Erwirtschaftete Überschüsse werden wir zur Stärkung unserer Eigenmittel einsetzen um die zukünftigen Kapitalanforderungen der CRR III solide zu erfüllen.

Prognose der Finanzlage

Für das kommende Geschäftsjahr wird ein Spar- und Tilgungsaufkommen von insgesamt rund 269 Mio. € erwartet. Die Auszahlungen für Zuteilung und Kündigungen dürften sich voraussichtlich auf 200 Mio. € belaufen.

Das außerkollektive Darlehensgeschäft finanzieren wir weitestgehend durch Kundeneinlagen und stabilisieren dadurch nachhaltig das Zinsergebnis. Zur Finanzierung des weiteren Ausbaus unseres Baudarlehengeschäfts planen wir in den nächsten Jahren eine Ausweitung unseres Depositenbestandes und die Emission weiterer Pfandbriefe.

Die Liquiditätsanforderungen stellen wir jederzeit durch ein intensiviertes Aktiv-Passiv-Management sicher, die Eigenmittelausstattung wird jederzeit als ausreichend eingewertet.

Prognose der Vermögenslage

Für das kommende Geschäftsjahr wird von einer stabilen Entwicklung der Vermögenslage ausgegangen.

Die Bilanzsumme wird sich Ende 2026 voraussichtlich auf rund 1,9 Mrd. € belaufen. Der Bauspar-Vertragsbestand wird nach aktueller Planung bei etwa 155.000 Verträgen bzw. einer Bausparsumme von 7,5 Mrd. € liegen. Die Bauspareinlagen werden zum Jahresende voraussichtlich 1,4 Mrd. € erreichen und damit gegenüber dem Vorjahr leicht steigen.

Das Volumen der Baudarlehen wird im Prognosezeitraum auf rund 1,7 Mrd. € geschätzt. Insgesamt wird erwartet, dass sich die Vermögensstruktur weiterhin ausgewogen darstellt und den geschäftspolitischen Zielsetzungen entspricht.

Prognose der Nicht-finanziellen Ziele

Die Arbeitgeber-Attraktivität, gemessen anhand der Eigenkündigungsquote im Branchenvergleich, behalten wir gruppenweit in 2026 als Ziel bei. Wir erwarten ein gleichbleibendes Niveau, entsprechend dem Geschäftsjahr 2025, von rund 1,60 %.

Der Abschluss des Projekts zur Abarbeitung der Feststellungen aus einer Prüfung nach § 44 Abs. 1 Satz 2 KWG ist ein weiteres Ziel. Das Projektende ist für die Jahresmitte 2026 vorgesehen.

In einem Ziel zur Umsetzung der Servicestrategie wurden Maßnahmenpakete für die Geschäftsfelder Bausparen und Baufinanzierung sowie für die Vertriebsprozesse definiert. Unser Ziel ist es, zum Jahresende 2026 zwei der drei Maßnahmenpakete innerhalb Zeit, Budget und Qualität abgearbeitet zu haben.

Oberursel (Taunus), den 5. März 2026

Alte Leipziger Bauspar AG

Dr. Lindner

Rupp

Bilanz zum 31. Dezember 2025

Aktivseite	€	€	€	Vorjahr Tsd. €
1. Barreserve				
Guthaben bei Zentralnotenbanken darunter: bei der Deutschen Bundesbank 2.331.427,35 €			2.837.531,43	2.331 (2.331)
2. Forderungen an Kreditinstitute				
täglich fällig		28.593.813,47		51.797
andere Forderungen		5.069.077,53		5.069
			33.662.891,00	56.866
3. Forderungen an Kunden				
a) Baudarlehen				
aa) aus Zuteilungen (Bauspardarlehen)	150.072.362,06			114.923
ab) zur Vor- und Zwischenfinanzierung	1.110.528.842,37			1.050.950
ac) sonstige	467.068.541,44			429.381
		1.727.669.745,87		1.595.254
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert 1.484.782.043,47				(1.365.680)
b) andere Forderungen		15.322.797,11		15.253
			1.742.992.542,98	1.610.506
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
Anleihen und Schuldverschreibungen				
a) von öffentlichen Emittenten darunter: beleih- bar				
bei der Deutschen Bundesbank			58.661.283,90	58.774
58.566.648,59 €				(58.774)
b) von anderen Emittenten darunter: beleihbar			49.836.551,67	49.901
bei der Deutschen Bundesbank				(49.901)
49.596.636,61 €				
			108.497.835,57	108.675
5. Beteiligungen				
darunter: an Kreditinstituten 0,00 €			0,00	0
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten 0,00 €				
6. Immaterielle Anlagewerte			823.925,00	897
7. Sachanlagen			47.902,00	89
8. Sonstige Vermögensgegenstände			9.162.036,24	8.517
9. Rechnungsabgrenzungsposten			4.198.623,23	4.340
Summe der Aktiva:			1.902.223.287,45	1.792.221

Passivseite				Vorjahr
	€	€	€	Tsd. €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) aus dem Pfandbriefgeschäft				
aa) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		10.015.342,52		10.003
b) andere Verbindlichkeiten		63.061.875,96		72.246
darunter: täglich fällig	14.266.590,48 €			(0)
			73.077.218,48	82.249
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Einlagen aus dem Bauspargeschäft und Spareinlagen				
aa) Bauspareinlagen darunter:	1.310.736.332,26			1.299.716
auf gekündigte Verträge	9.472.496,02 €			24.574
auf zugeteilte Verträge	784.656,77 €			631
ab) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	14.476,55			16
		1.310.750.808,81		1.299.732
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	97.849.781,96			82.630
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	265.270.454,32			203.308
bd) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	30.220.269,82			20.174
		393.340.506,10		306.112
			1.704.091.314,91	1.605.843
3. Sonstige Verbindlichkeiten			2.129.734,17	2.280
4. Rechnungsabgrenzungsposten			58.173,70	67
5. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		10.596.550,51		9.913
b) Steuerrückstellungen		0,00		0
c) andere Rückstellungen		16.548.957,95		21.730
			27.145.508,46	31.643
6. Fonds für allgemeine Bankrisiken			6.870.000,00	6.300
7. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		8.832.000,00		8.832
b) Kapitalrücklage		74.066.301,42		49.066
c) Gewinnrücklagen				
ca) gesetzliche Rücklage	153.387,56			153
cb) andere Gewinnrücklagen	5.740.000,00	5.893.387,56		5.740
d) Bilanzgewinn		59.648,75		48
			88.851.337,73	63.840
Summe der Passiva:			1.902.223.287,45	1.792.221
1. Andere Verpflichtungen:				
Unwiderrufliche Kreditzusagen:			60.584.839,80	67.906

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar 2025 bis 31. Dezember 2025

Aufwendungen				Vorjahr
	€	€	€	Tsd. €
1. Zinsaufwendungen				
a) für Bauspareinlagen		6.347.172,01		8.609
b) andere Zinsaufwendungen		8.677.165,02		8.016
			15.024.337,03	16.625
2. Provisionsaufwendungen				
a) Provisionen für Vertragsabschluss und -vermittlung		5.411.357,56		6.436
b) andere Provisionsaufwendungen		3.887.555,88		3.625
			9.298.913,44	10.060
3. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	11.960.361,28			11.237
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.279.270,45			2.640
		15.239.631,73		13.877
darunter: für Altersversorgung 1.105.992,73 €				(720)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		8.838.244,44		8.729
			24.077.876,17	22.606
4. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			187.812,68	179
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen			1.558.623,21	1.599
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			733.193,21	1.111
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			0,00	1
8. Zuführung z. Fonds f. allg Bankrisiken			570.000,00	0
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			- 1,05	0
10. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 5 ausgewiesen			36.257,86	44
11. Jahresüberschuss			11.563,76	4
Summe der Aufwendungen:			50.928.576,31	52.228
1. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			11.563,76	4
2. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			48.084,99	44
3. Bilanzgewinn			59.648,75	48

Erträge				Vorjahr
	€	€	€	Tsd. €
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften				
aa) Bauspardarlehen	3.408.134,09			2.929
ab) Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	25.508.249,38			23.063
ac) sonstigen Baudarlehen	11.602.494,69			8.914
ad) sonstigen Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.617.803,59			4.160
		42.136.681,75		39.066
darunter: Negativzinsen	0,00 €			(0)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		455.844,20		456
			42.592.525,95	39.522
2. Provisionserträge				
a) aus Vertragsabschluss und -vermittlung		4.885.642,59		5.601
b) aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung		0,00		0
c) aus Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten		0,00		0
d) andere Provisionserträge		434.403,43		438
			5.320.046,02	6.038
3. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00	0
4. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			0,00	0
5. Sonstige betriebliche Erträge			3.586.004,34	3.038
6. Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken			0,00	3.630
Summe der Erträge:			51.498.576,31	52.228

Anhang zum Jahresabschluss

Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 der Alte Leipziger Bauspar AG wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches unter Berücksichtigung der einschlägigen Vorschriften des Aktiengesetzes, des Kreditwesengesetzes und des Bausparkassengesetzes sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (Rechnungslegungsverordnung – RechKredV) und einschlägiger Verlautbarungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zur Rechnungslegung von Bausparkassen aufgestellt.

Die im amtlichen Formblatt vorgesehenen, aber nicht belegten Positionen wurden weggelassen.

Angaben gemäß § 264 Abs. 1a HGB

Die Alte Leipziger Bauspar AG, Alte Leipziger-Platz 1, 61440 Oberursel (Taunus), ist beim Amtsgericht Bad Homburg v. d. Höhe (HRB 1663) registriert.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss enthält sämtliche Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten, Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungsposten.

Bei der Bewertung der im Jahresabschluss ausgewiesenen Vermögensgegenstände und Schulden kamen die allgemeinen Bewertungsgrundsätze des § 252 Abs. 1 HGB sowie die für Kreditinstitute geltenden Bewertungsvorschriften des § 340e HGB zur Anwendung. Von den nach § 340f HGB gegebenen Verrechnungsmöglichkeiten für bestimmte Aufwendungen und Erträge wurde Gebrauch gemacht, wie auch von der Möglichkeit, nach § 340g HGB einen Sonderposten „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ zu bilden.

Die Barreserve, die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden und die sonstigen Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert, ggf. unter Berücksichtigung zeitanteiliger Zinsen, angesetzt.

Zur Berücksichtigung erkennbarer und latenter Risiken aus Kundenforderungen und Beteiligungen bestehen im Rahmen der bilanziellen Risikovorsorge Einzel- und Pauschalwertberichtigungen, die von den entsprechenden Aktivpositionen abgesetzt sind.

Die Pauschalwertberichtigung wird gemäß den Vorgaben des IDW RS BFA 7 gebildet. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung findet auf Ebene von Teilportfolien statt, wobei wir den Produkttyp zur Abgrenzung der Teilportfolien wählen. Für alle Teilportfolien kommt das Bewertungsvereinfachungsverfahren zum Einsatz, wobei grundsätzlich der 1-Jahres-Expected Loss zur Ermittlung des PWB-Betrages angesetzt wird.

Die gemäß dem obigen Verfahren als Summe der Pauschalwertberichtigungen für die einzelnen Teilportfolien errechnete Gesamt-Pauschalwertberichtigung wird ohne Anpassung (Management Adjustment) weiterverwendet.

Die Wertpapiere sind dem Anlagevermögen zugeordnet und mit ihren Anschaffungskosten beziehungsweise nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Es ist grundsätzlich beabsichtigt, die Wertpapiere bis zur Endfälligkeit zu halten. In den Kaufpreisen enthaltene Agien/Disagien werden mittels Effektivzinsmethode als Zinskorrektiv auf die Laufzeit verteilt.

Immaterielle Anlagewerte sind zu Anschaffungskosten aktiviert und werden linear abgeschrieben. Bei PC-Software beträgt die Abschreibungsdauer i.d.R. 3 Jahre, bei Großrechner-Software mindestens 5 Jahre.

Die als Sachanlagen ausgewiesenen Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden mit den Anschaffungskosten, ggf. einschließlich Anschaffungsnebenkosten, abzüglich planmäßiger Abschreibungen bilanziert. Bei Einrichtungen beträgt die Abschreibungsdauer i.d.R. 13 Jahre, bei technischen Geräte 8 Jahre, bei EDV-Technik i.d.R. 3 Jahre. Abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter mit einem Anschaffungswert zwischen 200 € und 1000 € netto werden in einen Sammelposten eingestellt und jährlich mit 20% abgeschrieben. Zugänge bis zu 200 € netto wurden sofort abgeschrieben. Geringwertige Anlagegegenstände werden nach der Regelung in § 6 Abs. 2 bzw. Abs. 2a EStG abgeschrieben.

Die Ermittlung der aktivischen Rechnungsabgrenzungsposten erfolgte entsprechend der periodengerechten Abgrenzung der Aufwendungen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Kunden und die sonstigen Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten Disagien, die über die Laufzeit vereinnahmt werden.

Die Berechnung der Pensionsrückstellungen geschah nach dem international üblichen Anwartschaftsbarwertverfahren (PUC-Methode) in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB auf der Grundlage der Richttafeln 2018G von Heubeck Richttafeln GmbH, Köln. Neben gegenwärtigen wurden auch künftige Entwicklungen, Trends und die Fluktuation berücksichtigt. Die Abzinsung erfolgte mit dem von der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsVO) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten zehn Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß § 253 Abs. 2 HGB.

Bei der Bewertung der Pensionszusagen für die Handelsbilanz ist ein 10 Jahres-Durchschnittszinssatz zu verwenden. Zusätzlich sind die Pensionsrückstellungen unter Verwendung eines 7 Jahres-Durchschnittszinssatzes zu ermitteln. Der Unterschiedsbetrag zwischen den beiden Rückstellungen beträgt 214 Tsd. € und unterliegt einer (laufenden) Ausschüttungssperre.

Nachstehende versicherungsmathematische Parameter fanden für die Ermittlung der Verpflichtungen Anwendung:

Pensionsalter	60 - 67 Jahre
Gehaltsdynamik	2,50 %
Rentendynamik	2,00 % bzw. 1,00 %
Zinssatz	2,05 %
	1,90 % (zur Vergleichsrechnung)
	2,21 % (Ausschüttungssperre)

Die berücksichtigte Fluktuation in Höhe von 2,00 % entspricht dem allgemein beobachtbaren altersabhängigen Durchschnitt der Branche und beeinflusst den Erfüllungsbetrag nur geringfügig.

Die Rückstellung für Altersteilzeit wurde nach den Verlautbarungen des IDW RS HFA 3 in Verbindung mit § 253 Abs. 2 HGB ermittelt. Die Höhe des Erfüllungsrückstandes ergab sich aus den bis zum 31. Dezember 2025 ausstehenden Gehaltszahlungen, die in der Freistellungsphase fällig werden.

Die Rückstellung für den zusätzlichen Arbeitgeberbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung und den Aufstockungsbetrag wurde unter Verwendung der sogenannten FiFo-Methode ermittelt.

Dabei wurde unterstellt, dass die rätierliche Ansammlung ab dem Zeitpunkt der Unterzeichnung der Vereinbarung zur Altersteilzeit beginnt. Bei der Ermittlung der Rückstellungen wurden künftige Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt. Als Rechnungsgrundlagen dienten die Richttafeln 2018G von Prof. Dr. Klaus Heubeck bei einer Gehaltsdynamik von 2,50 %. Die Rückstellung wurde nach den individuellen Laufzeiten mit den entsprechenden durch die Deutsche Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen nach der RückAbzinsVO abgezinst.

Die Rückstellungen, deren Restlaufzeit ein Jahr übersteigen, sind auf der Grundlage des durchschnittlichen Marktzinssatzes fristenkongruent abzuzinsen. Es wurden jeweils Zinssätze verwendet, die sich bei gleichen Laufzeiten größer 12 Monate zwischen 1,84 % und 1,91 % bewegten.

Die Bewertung der Rückstellung für Jubiläen erfolgte gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB analog zur Pensionsrückstellung. Bezüglich der verwendeten versicherungsmathematischen Rechnungsgrundlagen verweisen wir auf unsere dortigen Ausführungen.

Die Rückstellung für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen wurde entsprechend der Verfügung der OFD Magdeburg vom 21. September 2006 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 HGB fortgeführt.

Alle anderen Rückstellungen sind nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt und – soweit die Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen – gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, wobei es eine unwesentliche Abweichung von 0,01 % zum Durchschnittszinssatz der letzten 10 Jahre nach HGB zum 31.12.2025 gibt. Die Berechnung der baupartechnischen Rückstellungen erfolgte unter Berücksichtigung von Parametern, die an die aktuellen Gegebenheiten hinsichtlich Zinsniveau und dem zinsinduzierten Verhalten der Bausparer ausgerichtet sind. Zinsaufwendungen für diskontierte Rückstellungen aus dem Bauspargeschäft werden in den anderen Zinsaufwendungen ausgewiesen. Zinsaufwendungen für das Nicht-Bauspargeschäft sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Um den Rückstellungsbedarf zur verlustfreien Bewertung des Bankbuchs nach BFA 3 zu überprüfen, wird die barwertige Methode angewendet.

Hierbei wird den zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs dessen Buchwert gegenübergestellt. Für den vorhandenen Verlustüberhang würde

eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen würde.

Nach den Berechnungen zum Bilanzstichtag ergibt sich kein Rückstellungsbedarf.

Zuführungen zum Fonds zur baupartechnischen Absicherung waren 2024 nicht erforderlich. Die Berechnung erfolgte auf Grundlage des § 7 der Bausparkassenverordnung.

Erläuterungen zur Bilanz

Forderungen an Kunden

Für erkennbare Risiken sind Einzelwertberichtigungen gebildet. Die Einzelwertberichtigung ergibt sich aus der Differenz zwischen erwarteten Verkaufserlösen, unter Berücksichtigung von Abschlägen für voraussichtliche Verwertungskosten und Verwertungsdauer, und dem Kontosaldo. Die Einzelwertberichtigung wird monatlich an den jeweiligen Stand der Darlehensforderung unter Beachtung der aufgelaufenen Zinsen angepasst.

Die rückständigen Zins- und Tilgungsbeträge ab 3 Monate bei den Baudarlehen betragen insgesamt 111 Tsd. € (100 Tsd. €).

Noch nicht ausgezahlte bereitgestellte Baudarlehen	Tsd. €
aus Zuteilung	4.980
zur Vor- und Zwischenfinanzierung	45.296
Sonstige	10.309
Summe:	60.585

Wertpapiere und Finanzanlagen

Sämtliche in der Bilanzposition „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesenen Wertpapiere sind börsennotiert und entsprechen den Anlagevorschriften des § 4 Abs. 3 BauSparkG. Sie sind dem Anlagevermögen zugeordnet. Die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand blieben im Geschäftsjahr unverändert. Dem Buchwert (ohne Zinsabgrenzung) 108.161 Tsd. € steht ein Kurswert in Höhe von 76.261 Tsd. € gegenüber.

Hierbei ergeben sich bei Wertpapieren mit einem Buchwert in Höhe von 98.137 Tsd. € stille Lasten in Höhe von 32.073 Tsd. €. Eine Abschreibung in Höhe der stillen Lasten unterblieb, da keine Anhaltspunkte einer dauerhaften Wertminderung vorlagen. Im Jahr 2025 wurden keine Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere fällig, dies trifft auch für das Jahr 2026 zu.

Entwicklung des Anlagevermögens

Bilanzposten	Anschaffungs- oder Herstellungskosten			
	Vortrag 01.01.2025	Zugänge ¹⁾	Abgänge ²⁾	Stand 31.12.2025
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
I. Beteiligungen	–	0	0	–
II. Immaterielle Anlagewerte				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.463	92	0	2.555
III. Sachanlagen				
Betriebs- und Geschäftsausstattung	835	0	18	817
IV. Finanzanlagevermögen				
Wertpapiere des Anlagevermögens	108.717	0	0	108.717
Insgesamt:	112.015	92	18	112.089

¹⁾ davon aus Auflösung des Disagios nach der Effektivzinsmethode:0 Tsd. €

²⁾ davon aus Auflösung des Agios nach der Effektivzinsmethode:0 Tsd. €

Von den Sachanlagen werden die Betriebs- und Geschäftsausstattung komplett für eigene Tätigkeiten genutzt.

Sonstige Vermögensgegenstände

In diesem Posten wird im Wesentlichen der Rückkaufswert der Rückdeckungsversicherung für Versorgungszusagen mit 5.552 Tsd. € ausgewiesen sowie 2.850 Tsd. € Sicherungseinlage zugunsten der Einlagensicherung deutscher Banken bei der Deutsche Bundesbank.

Aktive Rechnungsabgrenzung

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet im Wesentlichen Agien auf Namensschuldverschreibungen in Höhe von 3.705 Tsd. €.

Beteiligungen

Die Alte Leipziger Bauspar AG hielt seit dem Jahr 2009 über eine Beteiligungsgesellschaft des Verbands der Privaten Bausparkassen mbH, Berlin, eine Beteiligung in Höhe von

0,82 % an der BSQ Bauspar AG, Fürth. Die Beteiligung war vollständig abgeschrieben und wurde aufgrund der Liquidation der Beteiligungsgesellschaft im Geschäftsjahr ausgebucht.

Mindeststeuer

Die Alte Leipziger Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit, Oberursel (Taunus) erfüllt die Voraussetzungen für die Anwendbarkeit des Mindeststeuergesetzes und bildet für Zwecke der globalen Mindestbesteuerung eine Unternehmensgruppe, mit allen im handelsrechtlichen Konzernabschluss konsolidierten Gesellschaften. Aufgrund einer untergeordneten internationalen Tätigkeit der Unternehmensgruppe gemäß § 83 Mindeststeuergesetz ergibt sich eine bis zu fünfjährige Befreiung von der Mindeststeuer. In soweit wird für den Jahresabschluss der Gesellschaft zunächst keine Auswirkung aus der Anwendung des Mindeststeuergesetzes ab dem Geschäftsjahr 2025 erwartet.

	Abschreibungen			Buchwert		
	Vortrag 01.01.2025	Afa des Jahres	Afa Abgang	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
	–	0	0	–	–	–
	1.566	165	0	1.731	897	824
	747	23	0	770	89	48
	0	0	0	0	108.717	108.717
	2.313	188	0	2.501	109.703	109.795

Latente Steuern

Zum 31. Dezember 2025 bestehen aktive latente Steuern ausschließlich bei Forderungen an Kunden, Pensionsrückstellungen und anderen Rückstellungen sowie auf steuerliche Verlustvorträge. Passive latente Steuern bestehen ausschließlich bei sonstigen Vermögensgegenständen.

Insgesamt ergibt sich am Bilanzstichtag ein Aktivüberhang von 5.743 Tsd. €. Aufgrund des ausgeübten Wahlrechts, auf den Ansatz aktiver latenter Steuern zu verzichten, ist daher kein Bilanzposten aufzunehmen.

Entwicklung latente Steuern	01.01.2025	Erhöhung/ Verminderung	31.12.2025
	€	€	€
Aktive latente Steuern	5.973.168	- 244.418	5.728.750
Passive latente Steuern	- 6.447	- 8.245	- 14.692
Saldo nach Verrechnung	5.966.721	- 252.663	5.714.058

Der Berechnung liegt der individuelle Steuersatz der Gesellschaft von 30,18% zu Grunde. Die Senkung des Körperschaftsteuersatzes ab 2028 wird bei der Berechnung unter Berücksichtigung des voraussichtlichen Zeitpunkts des Abbaus der temporären Differenzen berücksichtigt.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Unter der Position werden die im Rahmen der Zulässigkeit des Bausparkassengesetzes aufgenommenen Fremdgelder einschließlich abgegrenzter Zinsen ausgewiesen, die überwiegend der Refinanzierung des außerkollektiven Baufinanzierungsgeschäftes dienen. Es handelt sich um Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau, die wir im Rahmen der sog. Programmdarlehen zu deren Bedingungen weitergegeben haben. Zusätzlich ist hier eine Verbindlichkeit gegenüber der Bundesbank aus dem laufenden Zahlungsverkehr

enthalten sowie der Hypotheken-Namenspfandbrief, der 2020 emittiert wurde.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

In den anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist sind Geldaufnahmen von privaten und institutionellen Anlegern im Rahmen von Tagesgeldkonten sowie Festgeldeinlagen und Sparbriefe etc. enthalten sowie vier begebene Namenspfandbriefe.

Für die Pfandbriefe wurde eine Schuldverschreibung mit einem Deckungswert von 5 Mio. € in der Deckungssumme berücksichtigt.

Sonstige Forderungen und Verbindlichkeiten

Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber verbundenen Unternehmen	Tsd. €
Forderungen an Kunden – aus Baudarlehen –	–
Sonstige Vermögensgegenstände	5.599
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	81.680
Sonstige Verbindlichkeiten	671

Die Sonstigen Vermögensgegenständen bilden sich aus dem Rückkaufwert einer im Rahmen der Altersversorgung verwendeten Lebensversicherung mit 5,6 Mio.€.

In den Sonstigen Verbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten ggü. dem Konzern aus der internen Leistungsverrechnung in Höhe von 0,7 Mio. € ausgewiesen.

Passive Rechnungsabgrenzung

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten betrifft Zinsabgrenzungen aus den Namenspfandbriefen.

Andere Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen umfassen im Wesentlichen Rückstellungen für baupartetechnische Risiken in Höhe von 9,4 Mio. €. Hierbei handelt es sich um die Erstattung von Abschlussgebühren (<0,1 Mio. EUR) sowie für rückwirkend zu vergütende Zinsboni (9,4 Mio. EUR) bei Darlehensverzicht

bzw. in Einzelfällen bei Kündigung durch den Kunden. Mit 7,1 Mio. € entfällt der größte Teil der ausgewiesenen Rückstellung auf einen den seit 2013 für das Neugeschäft eingestellte Alt-Tarif „AL_easyplus“.

Die Bewertung der Rückstellungen für das Bauspargeschäft wird im Wesentlichen von der Einschätzung des zukünftigen Kundenverhaltens bestimmt, bzw. wie viele Kunden zu welchem Zeitpunkt und in welcher Höhe eine Zahlung erhalten (Bonusanspruchnahmequote). Als Basis für die Rückstellungsbildung wird das Ergebnis der baupartetechnischen Simulation herangezogen, in welchem alle historischen Parameter berücksichtigt sind und zu entsprechenden zukünftigen Bonusverbräuchen führen.

Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital ist eingeteilt in 17.250 auf den Inhaber lautende Stückaktien zu einem Nennwert in Höhe von 512 EUR (Vorjahr 512 EUR).

Die Ausstattung mit Eigenkapital ist ausreichend. Das bilanzielle Eigenkapital inkl. Fond für allgemeine Bankrisiken besteht zum Bilanzstichtag in Höhe von 95,7 Mio. € (Vorjahr 70,1 Mio. €). Der Kapitalrücklage wurden im laufenden Geschäftsjahr 25,0 Mio. € zugeführt, diese beträgt zum Jahresabschluss 74,1 Mio. €. Regulatorische Eigenmittel bestehen zum Bilanzstichtag in Höhe von 93,0 Mio. € (Vorjahr 67,8 Mio. €). Hierbei handelt es sich ausschließlich um hartes Kernkapital. Die Soll – Eigenmittelanforderungen wurden im gesamten Geschäftsjahr eingehalten. Die Gesamtkapitalquote zum Jahresende betrug ebenso wie die Kernkapitalquote 28,45% (Vorjahr 24,70%). Die Leverage Ratio beträgt 5,41 % (Vorjahr 4,15 %).

Fristengliederung zum 31.12.2025

Bilanzpositionen	Restlaufzeit				Gesamt
	bis zu 3 Monate Tsd. €	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr Tsd. €	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre Tsd. €	mehr als 5 Jahre Tsd. €	
Forderungen an Kreditinstitute - andere Forderungen	-	-	-	5.069	5.069
Forderungen an Kunden	59.020	110.023	514.420	1.057.384	1.740.846
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	16.444	6.005	23.728	25.326	71.503
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	71.117	123.241	40.200	10.710	245.269

Forderungen an Kunden mit unbestimmter Laufzeit 2.175 Tsd. € (2.120 Tsd. €).

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinsaufwendungen

Die „anderen Zinsaufwendungen“ enthalten Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen für das Bauspargeschäft in Höhe von 57 Tsd. € (Vorjahr 240 Tsd. €).

Provisionsaufwendungen

Die Provisionsaufwendungen unterteilen sich in Provisionsaufwendungen für Vertragsabschluss- und Vermittlung in Höhe von 5.411 Tsd. € und andere Provisionsaufwendungen in Höhe von 3.888 Tsd. €. Hiervon entfallen 898 Tsd. € auf eine Versicherungsprovision im europäischen Ausland, alle übrigen Aufwendungen sind dem inländischen Markt zuzuordnen.

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

Die Allgemeine Verwaltungsaufwendungen belaufen sich für das Jahr 2025 auf 24.078 Tsd. €. Diese unterteilen sich in 15.240 Tsd. € für Personalaufwendungen und 8.838 Tsd. € für Andere Verwaltungsaufwendungen. Diese sind ausschließlich dem inländischen Markt zuzuordnen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den „Sonstigen betrieblichen Aufwendungen“ sind u. a. Zuführungen zu Rückstellungen in Höhe von 706 Tsd. € (Vorjahr 472 Tsd. €), Beitragszahlungen an die UMU Unterstützungskasse in Höhe von 222 Tsd. € (Vorjahr 97 Tsd. €), Aufwendungen aus Zinseffekten aus der Bewertung von Rückstellungen gem. § 253 Abs. 2 HGB in Höhe von 156 Tsd. € (Vorjahr 253 Tsd. €) sowie freiwillige soziale Leistungen in Höhe von 258 Tsd. € (Vorjahr 272 Tsd. €) enthalten. Diese sind ausschließlich dem inländischen Markt zuzuordnen.

Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken

In 2025 wurden 570 TEUR € in die Reserven nach § 340g HGB zugeführt.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Im Berichtsjahr wurde ein geringer Aufwand in der Kapitalertragssteuer durch eine Gutschrift auf die Körperschaftsteuer ausgeglichen.

Zinserträge

Die Zinserträge beinhalten Zinserträge aus Bauspardarlehen in Höhe von 3.408 Tsd. €, aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten in Höhe von 25.508 Tsd. €; sowie aus sonstigen Baudarlehen (11.602 Tsd. €) und sonstigen Kredit- und Geldmarktgeschäften (1.618 Tsd. €). Diese sind ausschließlich im europäischen Markt erzielt worden.

Provisionserträge

Die Provisionserträge aus Vertragsabschluss- und Vermittlung betragen 4.886 Tsd. €, andere Provisionserträge betragen 434 Tsd. € und enthalten u. a. Erträge aus

Sondergebühren in Höhe von 388 Tsd. € (Vorjahr 394 Tsd. €). Die Provisionserträge sind ausschließlich auf dem inländischen Markt erzielt worden.

Sonstige betriebliche Erträge

Die „Sonstigen betrieblichen Erträge“ enthalten u. a. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 192 Tsd. € (Vorjahr 471 Tsd. €), abgerechnete und einbehaltene Kontosalen in Höhe von 2.855 Tsd. € (Vorjahr 1.946 Tsd. €) sowie Erträge aus der Rückdeckung für Rentenzahlungen in Höhe von 376 Tsd. € (Vorjahr 383 Tsd. €) und sind ausschließlich auf dem inländischen Markt erzielt worden.

Angaben zum Pfandbriefgeschäft

Die Alte Leipziger Bauspar AG emittiert Pfandbriefe der Gattung Hypothekendarlehenpfandbriefe. Sämtliche Pfandbriefe und Deckungswerte lauten ausschließlich auf EURO.

Deckung nach Bilanzpositionen

in Tsd. €	31.12.2025	31.12.2024
Forderungen an Kunden	81.974	71.301
Schuldverschreibungen u. andere festverzinsliche Wertpapiere	5.000	2.000
Summe	86.974	73.301

Pfandbriefumlauf und Deckungswerte

(Veröffentlichung gem. § 28 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 7 PfandBG)

in Tsd. €	NOMINAL		BARWERT	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Hypothekenregister				
Hypothekendarlehenpfandbriefe	40.000	30.000	40.662	30.079
Deckungsmasse	86.974	73.301	81.486	67.437
Davon weitere Deckungswerte	5.000	2.000	3.141	1.704
Davon Derivate	-	-	-	-
Überdeckung	46.973	43.301	40.824	37.358
Überdeckung (Faktor)	1,17	1,44	1,00	1,24
gesetzliche Überdeckung	2.094	1.306	813	602
vertragsliche Überdeckung	-	-	-	-
freiwillige Überdeckung	44.879	41.995	40.011	36.756

Risikobarwert¹

in Tsd. €	31.12.2025	31.12.2024
Hypothekenregister		
Hypothekendarlehenpfandbriefe	35.668	25.599
Deckungsmasse	66.447	54.723
Davon weitere		
Deckungswerte	-	-
Davon Derivate	-	-
Überdeckung	30.779	29.124
Überdeckung (Faktor)	0,86	1,14

¹ Für die Berechnung der Stress-Szenarien wird für die Zinsen der statische Ansatz verwendet.

Größenklassen Forderungen Hypothekenregister

(Veröffentlichung gem. § 28 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe a) PfandBG)

in Tsd. €	31.12.2025	31.12.2024
bis zu 300 Tsd. €	74.847	65.708
mehr als 300 Tsd. € bis zu 1 Mio. €	7.126	5.593
mehr als 1 Mio. € bis zu 10 Mio. €	0	0
mehr als 10 Mio. €	0	0
Summe Objekte nach Größenklasse	81.973	71.301
weitere Deckungswerte	5.000	2.000
Gesamtsumme Hypothekenregister	86.974	73.301

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe und Zinsbindungsfristen der Deckungsmassen

(Veröffentlichung gem. § 28 Abs. 1 Nr. 4, 5 und 13 PfandBG)

in Tsd. €	Pfandbriefumlauf		Deckungsmasse		Fälligkeitsverschiebung	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Hypothekenregister						
bis zu sechs Monate	0	0	561	359	0	0
mehr als sechs Monate bis zu zwölf Monate	0	0	415	219	0	0
mehr als zwölf Monate bis zu 18 Monate	0	0	443	463	0	0
mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahre	0	0	261	372	0	0
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahre	0	0	3.848	718	0	0
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahre	5.000	0	3.212	3.649	0	0
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahre	20.000	0	4.413	2.898	5.000	0
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahre	15.000	5.000	40.354	31.629	35.000	20.000
über 10 Jahre	0	25.000	33.467	32.995	0	10.000
Summe	40.000	30.000	86.974	73.302	40.000	30.000
in %						
Anteil festverzinslicher Deckungsmasse			31.12.2025	31.12.2024		
			100,00	100,00		
Anteil festverzinslicher Pfandbriefe			100,00	100,00		

Die Angaben zur Fälligkeitsverschiebung beziehen sich auf die Auswirkungen eines Verschiebungsszenarios von 12 Monaten auf die Laufzeitenstruktur der Pfandbriefe.

Informationen zur Verschiebung der Fälligkeit der Pfandbriefe

Voraussetzungen für die Verschiebung der Fälligkeit

Das Hinausschieben der Fälligkeit ist erforderlich, um die Zahlungsunfähigkeit der Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit zu vermeiden (Verhinderung der Zahlungsunfähigkeit), die Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit ist nicht überschuldet (keine bestehende Überschuldung) und es besteht Grund zu der Annahme, dass die Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit jedenfalls nach Ablauf des größtmöglichen Verschiebungszeitraums unter Berücksichtigung weiterer Verschiebungsmöglichkeiten ihre dann fälligen Verbindlichkeiten erfüllen kann (positive Erfüllungsprognose). Siehe ergänzend auch § 30 Absatz 2b PfandBG.

Befugnisse des Sachwalters bei Verschiebung der Fälligkeit

Der Sachwalter kann die Fälligkeiten der Tilgungszahlungen verschieben, wenn die maßgeblichen Voraussetzungen nach § 30 Abs. 2b PfandBG hierfür erfüllt sind. Die Verschiebungsdauer, welche einen Zeitraum von 12 Monaten nicht überschreiten darf, bestimmt der Sachwalter entsprechend der Erforderlichkeit.

Der Sachwalter kann die Fälligkeiten von Tilgungs- und Zinszahlungen, die innerhalb eines Monats nach seiner Ernennung fällig werden, auf das Ende dieses Monatszeitraums verschieben. Entscheidet sich der Sachwalter für eine solche Verschiebung, wird das Vorliegen der Voraussetzungen nach § 30 Abs. 2b PfandBG unwiderlegbar vermutet. Eine solche Verschiebung ist im Rahmen der Höchstverschiebungsdauer von 12 Monaten zu berücksichtigen.

Der Sachwalter darf von seiner Befugnis für sämtliche Pfandbriefe einer Emission nur einheitlich Gebrauch machen. Hierbei dürfen die Fälligkeiten vollständig oder anteilig verschoben werden. Der Sachwalter hat die Fälligkeit für eine Pfandbriefemission so zu verschieben, dass die ursprüngliche Reihenfolge der Bedienung der Pfandbriefe, welche durch die Verschiebung überholt werden könnten, nicht geändert wird (Überholverbot). Dies kann dazu führen, dass auch die Fälligkeiten später fällig werdender Emissionen zu verschieben sind, um das Überholverbot zu wahren. Siehe ergänzend auch § 30 Absatz 2a und 2b PfandBG.

Sicherheiten nach Objektart Hypothekenregister

(Veröffentlichung gem. § 28 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe b) und c) PfandBG)

in Tsd. €	31.12.2025	31.12.2024
Wohnwirtschaftlich		
Eigentumswohnungen	14.851	13.825
Ein- und Zweifamilienhäuser	65.709	56.251
Mehrfamilienhäuser	1.414	1.225
Unfertige u. noch nicht ertragsfähige Neubauten	-	-
Bauplätze	-	-
Summe wohnwirtschaftlich	81.974	71.301
Summe gewerblich	-	-
Gesamtsumme	81.974	71.301
weitere Deckungswerte	5.000	2.000
Gesamtsumme Hypothekenregister	86.974	73.301

Alle grundpfandrechtlich besicherten Pfandobjekte befinden sich ausnahmslos in der Bundesrepublik Deutschland.

Rückständige Leistungen auf Hypothekendeckungswerte

(Veröffentlichung gem. § 28 Abs. 1 Nr. 15 sowie § 28 Abs. 2 Nr. 2 und 5 PfandBG)

in Tsd. €	31.12.2025	31.12.2024
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen	-	-
Davon im Ausland	-	-
Gesamtbetrag der leistungsgestörten Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5 % der Forderung beträgt	-	-

	wohnwirtschaftlich		gewerblich	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Anzahl der am Abschlusstag anhängigen Zwangsversteigerungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der am Abschlusstag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der am Abschlusstag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren mit gleichzeitigen Zwangsversteigerungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	-	-	-	-
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	-	-	-	-
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen (Angaben in Tsd. €)	1	2	-	-

in %	31.12.2025	31.12.2024
Anteil der rückständigen Deckungswerte gemäß Art. 178 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-	-

Liquiditäts-Kennzahlen

(Veröffentlichung gem. § 28 Abs. 1 Nr. 6 PfandBG)

in Tsd. €	31.12.2025	31.12.2024
Absolutbetrag der von Null verschiedenen größten sich ergebenden negativen Summe in den nächsten 180 Tagen i.S.d. § 4 (1a) Satz 3 für die Pfandbriefe (Liquiditätsbedarf)	0	0
Tag, an dem sich die größte negative Summe ergibt	-	-
Gesamtbetrag der Deckungswerte, welche die Anforderungen von § 4 (1a) Satz 3 PfandBG erfüllen (Liquiditätsdeckung)	3	2
Liquiditätsüberschuss	3	2

Weitere Deckungswerte Hypothekendeckung

(Veröffentlichung gem. § 28 Abs. 1 Nr. 8, 9 und 10 PfandBG)

in Tsd. €	Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG	
	31.12.2025	31.12.2024
Staat		
Bundesrepublik Deutschland	5.000	2.000
Sonstige	-	-
Summe	5.000	2.000

Die Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG sowie Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG bestehen zum Bilanzstichtag (wie auch im Vorjahr) nicht.

Die Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 2, 3 und 4 PfandBG überschreiten die Begrenzung des § 19 Abs. 1 PfandBG nicht.

Weitere Kennzahlen der Hypothekendeckung

(Veröffentlichung gem. § 28 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 2 Nr. 3 und 4 PfandBG)

		31.12.2025	31.12.2024
Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen nach § 13 Abs. 1 PfandBG überschreiten	in Tsd. €	-	-
Volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen	in Jahren	4,45	3,95
Durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf	in %	56,33	56,40
Ordentliche Deckung (nominal)	in Tsd. €	81.974	71.301
Anteil am Gesamtumlauf	in %	204,93	237,67

ISIN-Liste

(Veröffentlichung gem. § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

	31.12.2025	31.12.2024
	-	-

Sonstige Angaben

Andere Provisionserträge

Für gegenüber Dritten erbrachte Dienstleistungen vereinbarten wir 47 Tsd. € (Vorjahr 42 Tsd. €).

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus Leasingverträgen bestehen in den nächsten Jahren Verpflichtungen in Höhe von 99,1 Tsd. € (Vorjahr 106,3 Tsd. €).

Personalbericht

Durchschnittlich waren im Geschäftsjahr 2025 bei der Alte Leipziger Bauspar AG im Innen- und Außendienst 144 Mitarbeiter beschäftigt.

Diese stellten durchschnittlich 130 Mitarbeiterkapazitäten, davon 57 männlich und 73 weiblich zur Verfügung oder 123 Mitarbeiterkapazitäten im Innen, 7 im Außendienst. Am Ende des Berichtsjahres waren 130 Mitarbeiterkapazitäten beschäftigt, wovon 29 auf Teilzeitbeschäftigte entfallen.

Angabe gemäß § 285 Nr. 17 HGB

Die Angaben zum Honorar des Wirtschaftsprüfers nach § 285 Nr. 17 HGB erfolgen gem. § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB im Konzernabschluss der Alte Leipziger Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit, in den das Unternehmen einbezogen ist.

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn in Höhe von 59.648,75 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Angaben zu Geschäften mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Zu den nahestehenden Unternehmen zählen die in den Konzernabschluss der Alte Leipziger Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit einbezogenen Tochtergesellschaften, an denen die Alte Leipziger Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit jeweils zu 100 % beteiligt ist, sowie die Hallesche Krankenversicherung, mit der die Alte Leipziger Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit einen Gleichordnungskonzern nach § 18 Abs. 2 AktG bildet.

Zwischen den nahestehenden Unternehmen bestehen diverse Dienstleistungs- und Auslagerungsverträge zur Hebung von Synergieeffekten.

Die Dienstleistungsbeziehungen erfolgen überwiegend zu Selbstkosten einschließlich entsprechender Gemeinkostenzuschläge beziehungsweise zu vereinbarten marktgängigen Preisen, abhängig von Volumina oder im Wege der Kostenteilung.

Bei den Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Personen handelt es sich im Wesentlichen um Bausparverträge und

um Baudarlehen. Hierbei erhalten nahestehende Personen Mitarbeiterkonditionen, falls solche vereinbart sind. Ansonsten erfolgen die Vertragsabschlüsse zu den üblichen Bedingungen. Darüber hinaus bestehen vereinzelte Vertriebsvereinbarungen mit nahestehenden Personen mit marktüblichen Konditionen.

Zusammenfassend ergibt sich keine Berichterstattungspflicht im Sinne des § 285 Nr. 21 HGB über wesentliche Geschäfte zu marktunüblichen Bedingungen.

Organe unserer Gesellschaft

Die Mitglieder der Organe unserer Gesellschaft sind auf Seite 4 Kapitels „Aufsichtsrat, Vorstand, Vertrauensmann“ genannt. Damit sind diese Seiten Teil des Anhangs.

Die Bezüge der Mitglieder des Vorstands werden aufgrund der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB nicht genannt. Die Gesamtbezüge früherer Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen betragen 370,6 Tsd. €.

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Kredite an Aufsichtsratsmitglieder und Vorstandsmitglieder.

Im Geschäftsjahr betragen die Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates 22,1 Tsd. €.

Für die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Vorstandsmitgliedern und deren Hinterbliebenen sind 5.793,4 Tsd. € zurückgestellt.

Angaben zum Mutterunternehmen

Die Alte Leipziger Holding Aktiengesellschaft, deren Alleineigentümerin die Alte Leipziger Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit ist, besitzt 100 % unseres Grundkapitals. Die entsprechenden Mitteilungen nach § 20 AktG liegen vor.

Die Alte Leipziger Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit, Oberursel, erstellt als Mutterunternehmen (§ 16 Abs. 4 AktG) einen Konzernabschluss, in den die Gesellschaft einbezogen wird. Der Konzernabschluss wird beim Unternehmensregister eingereicht und dort bekannt gemacht.

Nachtragsbericht

Im bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 2026 sind keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Oberursel (Taunus), den 5. März 2026

Alte Leipziger
Bauspar AG

Dr. Lindner

Rupp

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die ALTE LEIPZIGER Bauspar AG, Oberursel (Taunus)

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der ALTE LEIPZIGER Bauspar AG, Oberursel (Taunus), – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der ALTE LEIPZIGER Bauspar AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und

vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die

Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungslösungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht war folgender Sachverhalt am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

1 Risikovorsorge im Baudarlehengeschäft

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- ① Sachverhalt und Problemstellung
- ② Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- ③ Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1 Risikovorsorge im Baudarlehengeschäft

① Einen Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft bildet das Baudarlehengeschäft, das im Jahresabschluss der Gesellschaft in dem Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ in Höhe von insgesamt € 1.728 Mio (90,8 % der Bilanzsumme) ausgewiesen wird. Für das Baudarlehengeschäft besteht zum Bilanzstichtag eine bilanzielle Risikovorsorge bestehend aus Einzel- und Pauschalwertberichtigungen. Die Bemessung der Risikovorsorge im Baudarlehengeschäft wird insbesondere durch die Struktur und Qualität des Portfolios, gesamtwirtschaftliche Einflussfaktoren und die Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle - unter anderem auch vor dem Hintergrund der makroökonomischen Entwicklungen auf das Baudarlehengeschäft - bestimmt.

Die Höhe der Einzelwertberichtigungen auf Forderungen aus Baudarlehen entspricht der Differenz zwischen erwarteten Verkaufserlösen, unter Berücksichtigung von Abschlägen für voraussichtliche Verwertungskosten und Verwertungsdauer, und dem Kontosaldo.

Pauschalwertberichtigungen werden für vorhersehbare, aber noch nicht bei einzelnen Baudarlehennehmern konkretisierte Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft gebildet. Die ALB verwendet das sog. Bewertungsvereinfachungsverfahren für alle Baudarlehen, wobei

grundsätzlich der 1-Jahres-Expected Loss angesetzt wird. Weisen diese ein im Zeitablauf deutlich erhöhtes Adressausfallrisiko (bestimmt über das aktuelle Rating) auf, wird die Pauschalwertberichtigung als Lifetime Expected Loss gebildet. Diese Pauschalwertberichtigung wird ohne Anpassung weiterverwendet. Die ALB hat in 2025 Bewertungsvereinfachungen in Anspruch genommen.

Die Risikovorsorge im Baudarlehengeschäft ist zum einen betragsmäßig für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft von hoher Bedeutung und zum anderen mit erheblichen Ermessensspielräumen der gesetzlichen Vertreter hinsichtlich der Prognosen von makroökonomischen Variablen und Szenarien sowie der aus einem Baudarlehen noch erwarteten Zahlungsströme verbunden. Darüber hinaus haben die angewandten, auch aufgrund der makroökonomischen Entwicklungen mit wesentlichen Unsicherheiten behafteten Bewertungsparameter einen bedeutsamen Einfluss auf die Bildung bzw. die Höhe einer gegebenenfalls erforderlichen Risikovorsorge. Vor diesem Hintergrund war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

② Im Rahmen unserer Prüfung haben wir zunächst die Angemessenheit des relevanten IT-Systems und des relevanten internen Kontrollsystems der Gesellschaft beurteilt und die Funktionsfähigkeit der Kontrollen getestet, insbesondere im Hinblick auf die Geschäftsdatenerfassung, die Risikoklassifizierung der Kreditnehmer, die Ermittlung der Risikovorsorge und die Validierung der Bewertungsmodelle. Darüber hinaus haben wir die Bewertung der Forderungen aus Baudarlehen, einschließlich der sachgerechten Anwendung der Bewertungsmethoden und Angemessenheit geschätzter Werte, auf der Basis von Stichproben von Kreditengagements beurteilt. Dabei haben wir unter anderem die vorliegenden Unterlagen der Gesellschaft bezüglich der wirtschaftlichen Verhältnisse sowie der Werthaltigkeit der entsprechenden Sicherheiten gewürdigt. Ferner haben wir zur Beurteilung der vorgenommenen Einzel- und Pauschalwertberichtigung die von der Gesellschaft angewandten Berechnungsmodelle, die zugrundeliegenden Inputdaten, makroökonomischen

Annahmen und Parameter, die Angemessenheit der Bonitätsprämienermittlung und der Ausgeglichenheitsvermutung, dem Nachweis der Immateri- alität für Teilportfolien ohne Risikoversorgeermittlung sowie die Ergebnisse der Validierungshandlungen nachvollzogen. Darüber- hinaus haben wir eine Nachberechnung in Stich- proben durchgeführt. Bei der Prüfung der Bewertungsmodelle haben wir unsere internen Spezialisten aus dem Bereich Finanzmathematik einbezogen. Wir haben die Einschätzung der ge- setzlichen Vertreter hinsichtlich der Auswirkungen der makroökonomischen Entwicklungen auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer und hinsichtlich der Angemessenheit der Modellpa- rameter und -annahmen gewürdigt. Auf Basis der von uns durchgeführten Prüfungshandlungen konnten wir uns insgesamt von der Vertretbarkeit der bei der Überprüfung der Werthaltigkeit des Baudarlebensportfolios von den gesetzlichen Ver- tretern getroffenen Annahmen sowie der Ange- messenheit der implementierten Kontrollen der Gesellschaft überzeugen.

③ *Die Angaben der Gesellschaft zur Risikovor- sorge im Baudarlebensgeschäft sind insbesondere in den Abschnitten „Bilanzierungs- und Bewer- tungsmethoden“ und „Erläuterungen zur Bilanz“ des Anhangs enthalten.*

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen In- formationen verantwortlich. Die sonstigen Infor- mationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) als nicht inhaltlich ge- prüften Bestandteil des Lageberichts.

Die sonstigen Informationen umfassen zudem alle übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weiter- gehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestäti- gungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die

sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgend- eine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresab- schluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichts- angaben oder zu unseren bei der Prüfung erlang- ten Kenntnissen aufweisen oder

anderweitig wesentlich falsch dargestellt erschei- nen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den La- gebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deut- schen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen- des Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetz- lichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buch- führung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermögli- chen, der frei von wesentlichen falschen Darstel- lungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermö- gensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Un- ternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zu- sammenhang mit der Fortführung der Unterneh- menstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben.

Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.

beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis

ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 14. März 2025 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 13. November 2025 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2023 als Abschlussprüfer der ALTE LEIPZIGER Bauspar AG, Oberursel (Taunus), tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Maximilian Roestel.

Frankfurt am Main, den 5. März 2026

PricewaterhouseCoopers GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Maximilian Roestel ppa. Susanne Beurschgens

Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüferin

Bewegung der Zuteilungsmasse in der Zeit vom 1. Januar 2025 bis 31. Dezember 2025

Zuführungen		€
I. Vortrag aus dem Vorjahr (Überschuss):		
noch nicht ausgezahlte Beträge		1.184.068.195,43
II. Zuführungen im Geschäftsjahr:		
1. Sparbeträge (einschl. verrechneter Wohnungsbauprämien)		229.023.629,52
2. Tilgungsbeträge* (einschl. verrechneter Wohnungsbauprämien)		29.541.582,99
3. Zinsen auf Bauspareinlagen		6.290.478,90
4. Fonds zur bauspartechnischen Absicherung		0,00
5. Sonstige		0,00
Summe:		1.448.923.886,84

Entnahmen		€
I. Entnahmen im Geschäftsjahr:		
1. Zugeteilte Summen, soweit ausgezahlt		
a) Bauspareinlagen		153.395.003,84
b) Baudarlehen		64.787.164,87
2. Rückzahlung von Bauspareinlagen auf noch nicht zugeteilte Bausparverträge		70.898.676,24
3. Sonstige Entnahmen**		0,00
II. Überschuss der Zuführungen (noch nicht ausgezahlte Beträge) am Ende des Geschäftsjahres***		1.159.843.041,89
Summe:		1.448.923.886,84

* Tilgungsbeträge sind die auf die reine Tilgung entfallenden Anteile der Tilgungsbeiträge.

** Die sonstigen Entnahmen enthalten einen Korrekturposten für in den Vorjahren zu hoch ausgewiesene Zuführungen.

*** In dem Überschuss der Zuführungen sind u. a. enthalten:

a) die noch nicht ausgezahlten Bauspareinlagen der zugeteilten Bausparverträge: 222.000,64

b) die noch nicht ausgezahlten Baudarlehen aus Zuteilungen: 1.248.661,88

Bestandsbewegung 2025 Gesamt

I. Übersicht über die Bewegungen des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme
		in Tsd. €		in Tsd. €		in Tsd. €
A) Bestand am Ende des Vorjahres	150.086	7.494.243	9.716	260.397	159.802	7.754.640
B) Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	9.903	374.290	0	0	9.903	374.290
1a) Erhöhung	0	17.175	0	0	0	17.175
2. Übertragung	238	18.671	19	693	257	19.365
3. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	46	1.218	0	0	46	1.218
4. Teilung	732	0	0	0	732	0
5. Zuteilung bzw. -annahme	0	0	11.159	254.278	11.159	254.278
6. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	10.919	411.354	11.178	254.972	22.097	666.325
C) Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung bzw. -annahme	11.159	254.278	0	0	11.159	254.278
2. Ermäßigung	0	3.160	0	0	0	3.160
3. Auflösung	9.744	290.916	8.967	139.203	18.711	430.119
4. Übertragung	238	18.671	19	693	257	19.365
5. Zusammenlegung	10	0	0	0	10	0
6. Vertragsablauf	0	0	1.080	26.542	1.080	26.542
7. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	0	0	46	1.218	46	1.218
8. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	21.151	567.025	10.112	167.655	31.263	734.681
D) Reiner Zugang/Abgang	- 10.232	- 155.672	1.066	87.316	- 9.166	- 68.356
E) Bestand am Ende des Geschäftsjahres	139.854	7.338.571	10.782	347.713	150.636	7.686.285
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb der Bundesrepublik Deutschland	359	15.202	18	579	377	15.781

II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2024	271	58.300
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2024	2.427	184.479
III. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug		48.524
IV. Verteilung der Bausparsummen der noch nicht zugeteilten Verträge nach ihrer Höhe	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
bis 10.000 €	57.453	424.930
über 10.000 bis 50.000 €	26.289	463.559
über 50.000 bis 150.000 €	44.018	3.013.090
über 150.000 bis 500.000 €	11.655	2.993.793
über 500.000 €	439	443.199
Insgesamt:	139.854	7.338.571

Bestandsbewegung 2025 „easy plus“

I. Übersicht über die Bewegungen des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme
		in Tsd. €		in Tsd. €		in Tsd. €
A) Bestand am Ende des Vorjahres	21.181	264.738	1.935	26.099	23.116	290.837
B) Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	0	0	0	0	0	0
1a) Erhöhung	0	13	0	0	0	13
2. Übertragung	5	72	0	0	5	72
3. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	5	51	0	0	5	51
4. Teilung	1	0	0	0	1	0
5. Zuteilung bzw. -annahme	0	0	2.970	41.024	2.970	41.024
6. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	11	136	2.970	41.024	2.981	41.159
C) Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung bzw. -annahme	2.970	41.024	0	0	2.970	41.024
2. Ermäßigung	0	0	0	0	0	0
3. Auflösung	3.148	35.939	2.932	40.197	6.080	76.136
4. Übertragung	5	72	0	0	5	72
5. Zusammenlegung	0	0	0	0	0	0
6. Vertragsablauf	0	0	408	7.402	408	7.402
7. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	0	0	5	51	5	51
8. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	6.123	77.035	3.345	47.650	9.468	124.684
D) Reiner Zugang/Abgang	- 6.112	- 76.899	- 375	- 6.626	- 6.487	- 83.525
E) Bestand am Ende des Geschäftsjahres	15.069	187.839	1.560	19.473	16.629	207.312
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb der Bundesrepublik Deutschland	57	650	4	67	61	717

II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2024	0	0
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2024	0	0
III. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug		12.467
IV. Verteilung der Bausparsummen der noch nicht zugeteilten Verträge nach ihrer Höhe	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
bis 10.000 €	10.578	75.742
über 10.000 bis 50.000 €	3.500	58.693
über 50.000 bis 150.000 €	968	45.819
über 150.000 bis 500.000 €	22	4.691
über 500.000 €	1	2.894
Insgesamt:	15.069	187.839

Bestandsbewegung 2025 „Fest-Tarif“

I. Übersicht über die Bewegungen des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme
		in Tsd. €		in Tsd. €		in Tsd. €
A) Bestand am Ende des Vorjahres	157	6.210	96	6.192	253	12.402
B) Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	0	0	0	0	0	0
1a) Erhöhung	0	0	0	0	0	0
2. Übertragung	1	79	0	0	1	79
3. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	0	0	0	0	0	0
4. Teilung	0	0	0	0	0	0
5. Zuteilung bzw. -annahme	0	0	8	624	8	624
6. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	1	79	8	624	9	703
C) Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung bzw. -annahme	8	624	0	0	8	624
2. Ermäßigung	0	0	0	0	0	0
3. Auflösung	24	885	5	358	29	1.243
4. Übertragung	1	79	0	0	1	79
5. Zusammenlegung	0	0	0	0	0	0
6. Vertragsablauf	0	0	20	1.520	20	1.520
7. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	0	0	0	0	0	0
8. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	33	1.588	25	1.878	58	3.466
D) Reiner Zugang/Abgang	-32	-1.509	-17	-1.254	-49	-2.763
E) Bestand am Ende des Geschäftsjahres	125	4.700	79	4.939	204	9.639
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb der Bundesrepublik Deutschland	1	10	0	0	1	10

II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2024	0	0
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2024	0	0
III. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug		47.250
IV. Verteilung der Bausparsummen der noch nicht zugeteilten Verträge nach ihrer Höhe	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
bis 10.000 €	27	167
über 10.000 bis 50.000 €	35	587
über 50.000 bis 150.000 €	61	3.620
über 150.000 bis 500.000 €	2	327
über 500.000 €	0	0
Insgesamt:	125	4.700

Bestandsbewegung 2025 „Wahl-Tarif“

I. Übersicht über die Bewegungen des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme
		in Tsd. €		in Tsd. €		in Tsd. €
A) Bestand am Ende des Vorjahres	395	9.295	105	2.981	500	12.276
B) Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	0	0	0	0	0	0
1a) Erhöhung	0	0	0	0	0	0
2. Übertragung	0	0	0	0	0	0
3. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	0	0	0	0	0	0
4. Teilung	0	0	0	0	0	0
5. Zuteilung bzw. -annahme	0	0	23	605	23	605
6. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	0	0	23	605	23	605
C) Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung bzw. -annahme	23	605	0	0	23	605
2. Ermäßigung	0	0	0	0	0	0
3. Auflösung	74	1.596	20	417	94	2.012
4. Übertragung	0	0	0	0	0	0
5. Zusammenlegung	0	0	0	0	0	0
6. Vertragsablauf	0	0	27	627	27	627
7. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	0	0	0	0	0	0
8. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	97	2.201	47	1.044	144	3.244
D) Reiner Zugang/Abgang	-97	-2.201	-24	-439	-121	-2.639
E) Bestand am Ende des Geschäftsjahres	298	7.094	81	2.542	379	9.637
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb der Bundesrepublik Deutschland	3	25	0	0	3	25

II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2024	0	0
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2024	0	0
III. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug		25.426
IV. Verteilung der Bausparsummen der noch nicht zugeteilten Verträge nach ihrer Höhe	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
bis 10.000 €	90	456
über 10.000 bis 50.000 €	121	1.901
über 50.000 bis 150.000 €	86	4.532
über 150.000 bis 500.000 €	1	205
über 500.000 €	0	0
Insgesamt:	298	7.094

Bestandsbewegung 2025 „easy finanz“

I. Übersicht über die Bewegungen des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme
		in Tsd. €		in Tsd. €		in Tsd. €
A) Bestand am Ende des Vorjahres	3.780	210.678	2.898	82.947	6.678	293.625
B) Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	0	0	0	0	0	0
1a) Erhöhung	0	204	0	0	0	204
2. Übertragung	9	855	6	137	15	992
3. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	1	6	0	0	1	6
4. Teilung	22	0	0	0	22	0
5. Zuteilung bzw. -annahme	0	0	365	17.225	365	17.225
6. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	32	1.065	371	17.362	403	18.427
C) Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung bzw. -annahme	365	17.225	0	0	365	17.225
2. Ermäßigung	0	211	0	0	0	211
3. Auflösung	347	17.262	274	12.125	621	29.386
4. Übertragung	9	855	6	137	15	992
5. Zusammenlegung	0	0	0	0	0	0
6. Vertragsablauf	0	0	310	7.986	310	7.986
7. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	0	0	1	6	1	6
8. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	721	35.553	591	20.254	1.312	55.807
D) Reiner Zugang/Abgang	- 689	- 34.488	- 220	- 2.892	- 909	- 37.380
E) Bestand am Ende des Geschäftsjahres	3.091	176.190	2.678	80.055	5.769	256.245
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb der Bundesrepublik Deutschland	10	624	3	80	13	704

II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2024	2	200
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2024	0	0
III. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug		44.409
IV. Verteilung der Bausparsummen der noch nicht zugeteilten Verträge nach ihrer Höhe	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
bis 10.000 €	675	4.876
über 10.000 bis 50.000 €	658	12.238
über 50.000 bis 150.000 €	1.563	100.864
über 150.000 bis 500.000 €	192	40.113
über 500.000 €	3	18.100
Insgesamt:	3.091	176.190

Bestandsbewegung 2025 „easy finanz-Riester“

I. Übersicht über die Bewegungen des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme
		in Tsd. €		in Tsd. €		in Tsd. €
A) Bestand am Ende des Vorjahres	1.402	42.851	40	1.080	1.442	43.932
B) Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	0	0	0	0	0	0
1a) Erhöhung	0	553	0	0	0	553
2 Übertragung	2	32	0	0	2	32
3. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	0	0	0	0	0	0
4. Teilung	2	0	0	0	2	0
5. Zuteilung bzw. -annahme	0	0	17	655	17	655
6. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	4	584	17	655	21	1.239
C) Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung bzw. -annahme	17	655	0	0	17	655
2. Ermäßigung	0	30	0	0	0	30
3. Auflösung	109	3.336	3	65	112	3.401
4. Übertragung	2	32	0	0	2	32
5. Zusammenlegung	0	0	0	0	0	0
6. Vertragsablauf	0	0	4	80	4	80
7. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	0	0	0	0	0	0
8. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	128	4.052	7	145	135	4.197
D) Reiner Zugang/Abgang	- 124	- 3.468	10	510	- 114	- 2.958
E) Bestand am Ende des Geschäftsjahres	1.278	39.384	50	1.590	1.328	40.974
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb der Bundesrepublik Deutschland	3	255	0	0	3	255

II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2024	4	116
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2024	0	0
III. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug		30.874
IV. Verteilung der Bausparsummen der noch nicht zugeteilten Verträge nach ihrer Höhe	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
bis 10.000 €	252	1.796
über 10.000 bis 50.000 €	397	7.439
über 50.000 bis 150.000 €	628	29.999
über 150.000 bis 500.000 €	1	150
über 500.000 €	0	0
Insgesamt:	1.278	39.384

Bestandsbewegung 2025 „AL-Baufinanz“

I. Übersicht über die Bewegungen des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme
		in Tsd. €		in Tsd. €		in Tsd. €
A) Bestand am Ende des Vorjahres	32.067	1.231.804	4.054	120.425	36.121	1.352.230
B) Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	2	35	0	0	2	35
1a) Erhöhung	0	1.715	0	0	0	1.715
2. Übertragung	36	1.599	10	285	46	1.884
3. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	22	758	0	0	22	758
4. Teilung	138	0	0	0	138	0
5. Zuteilung bzw. -annahme	0	0	5.114	144.620	5.114	144.620
6. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	198	4.106	5.124	144.905	5.322	149.011
C) Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung bzw. -annahme	5.114	144.620	0	0	5.114	144.620
2. Ermäßigung	0	989	0	0	0	989
3. Auflösung	2.057	59.366	3.645	62.577	5.702	121.942
4. Übertragung	36	1.599	10	285	46	1.884
5. Zusammenlegung	3	0	0	0	3	0
6. Vertragsablauf	0	0	261	7.282	261	7.282
7. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	0	0	22	758	22	758
8. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	7.210	206.573	3.938	70.901	11.148	277.475
D) Reiner Zugang/Abgang	- 7.012	- 202.467	1.186	74.003	- 5.826	- 128.464
E) Bestand am Ende des Geschäftsjahres	25.055	1.029.337	5.240	194.428	30.295	1.223.766
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb der Bundesrepublik Deutschland	86	3.503	11	432	97	3.935

II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2024	15	1.035
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2024	0	0
III. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug		40.379
IV. Verteilung der Bausparsummen der noch nicht zugeteilten Verträge nach ihrer Höhe	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
bis 10.000 €	12.274	88.849
über 10.000 bis 50.000 €	5.106	87.825
über 50.000 bis 150.000 €	6.043	400.589
über 150.000 bis 500.000 €	1.587	380.173
über 500.000 €	45	71.900
Insgesamt:	25.055	1.029.337

Bestandsbewegung 2025 „AL_Neo“

I. Übersicht über die Bewegungen des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme	Anzahl der Verträge	Bausparsumme
		in Tsd. €		in Tsd. €		in Tsd. €
A) Bestand am Ende des Vorjahres	91.104	5.728.666	588	20.672	91.692	5.749.339
B) Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	9.901	374.255	0	0	9.901	374.255
1a) Erhöhung	0	14.690	0	0	0	14.690
2. Übertragung	185	16.035	3	271	188	16.307
3. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	18	403	0	0	18	403
4. Teilung	569	0	0	0	569	0
5. Zuteilung bzw. -annahme	0	0	2.662	49.526	2.662	49.526
6. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	10.673	405.384	2.665	49.797	13.338	455.181
C) Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung bzw. -annahme	2.662	49.526	0	0	2.662	49.526
2. Ermäßigung	0	1.929	0	0	0	1.929
3. Auflösung	3.985	172.533	2.088	23.465	6.073	195.998
4. Übertragung	185	16.035	3	271	188	16.307
5. Zusammenlegung	7	0	0	0	7	0
6. Vertragsablauf	0	0	50	1.645	50	1.645
7. Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilungen	0	0	18	403	18	403
8. Sonstige	0	0	0	0	0	0
Insgesamt:	6.839	240.024	2.159	25.784	8.998	265.808
D) Reiner Zugang/Abgang	3.834	165.360	506	24.013	4.340	189.373
E) Bestand am Ende des Geschäftsjahres	94.938	5.894.026	1.094	44.686	96.032	5.938.712
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb der Bundesrepublik Deutschland	199	10.135	0	0	199	10.135

II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2023	250	56.949
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2024	2.427	184.479
III. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug		61.840
IV. Verteilung der Bausparsummen der noch nicht zugeteilten Verträge nach ihrer Höhe	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
bis 10.000 €	33.557	253.045
über 10.000 bis 50.000 €	16.472	294.876
über 50.000 bis 150.000 €	34.669	2.427.666
über 150.000 bis 500.000 €	9.850	2.568.135
über 500.000 €	390	350.304
Insgesamt:	94.938	5.894.026

Kontakt

Direktion

Alte Leipziger Bauspar AG

Alte Leipziger-Platz 1, 61440 Oberursel (Taunus)
 Postfach 16 60, 61406 Oberursel (Taunus)
 Telefon (0 6171) 66- 01
 bauspar@alte-leipziger.de
 www.alte-leipziger.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon (0 61 71) 66- 69 67
 presse@alte-leipziger.de

Die Vertriebsdirektionen der ALH Gruppe

Vertriebsdirektion Nord

Ludwig-Erhard-Straße 14, 20459 Hamburg
 Telefon für:
 Lebensversicherung: (040) 35 70 56- 39
 Krankenversicherung: (040) 35 70 56- 59
 Sachversicherung: (040) 35 70 56- 79

Vertriebsdirektion Ost

Markt 5/6, 04109 Leipzig
 Postfach 10 14 53, 04014 Leipzig
 Telefon für:
 Lebensversicherung: (03 41) 9 98 92- 39
 Krankenversicherung: (03 41) 9 98 92- 59
 Sachversicherung: (03 41) 9 98 92- 79

Vertriebsdirektion West

Am Wehrhahn 39, 40211 Düsseldorf
 Postfach 10 12 37, 40003 Düsseldorf
 Telefon für:
 Lebensversicherung: (02 11) 60 29 86- 39
 Krankenversicherung: (02 11) 60 29 86- 59
 Sachversicherung: (02 11) 60 29 86- 89

Vertriebsdirektion Mitte

An der Billwiese 26, 61440 Oberursel
 Postfach 15 42, 61405 Oberursel
 Telefon für:
 Lebensversicherung: (0 61 71) 66 66- 39
 Krankenversicherung: (0 61 71) 66 66- 59
 Sachversicherung: (0 61 71) 66 66- 79

Vertriebsdirektion Südwest

Silberburgstraße 80, 70176 Stuttgart
 Postfach 10 21 36, 70017 Stuttgart
 Telefon für:
 Lebensversicherung: (07 11) 27 38 96- 39
 Krankenversicherung: (07 11) 27 38 96- 59
 Sachversicherung: (07 11) 27 38 96- 79

Vertriebsdirektion Süd

Sonnenstraße 33, 80331 München
 Postfach 33 04 08, 80064 München
 Telefon für:
 Lebensversicherung: (089) 2 31 95- 490
 Krankenversicherung: (089) 2 31 95- 239
 Sachversicherung: (089) 2 31 95- 263

Wir denken, wir handeln und wir machen mit.



Folgen Sie uns



Impressum

Herausgeber

Alte Leipziger Bauspar AG

Alte Leipziger-Platz 1, 61440 Oberursel (Taunus)

Telefon (0 61 71) 66 - 01

www.alte-leipziger.de

Koordination & Redaktion

Alte Leipziger Bauspar AG, Oberursel (Taunus)

Bereich Controlling

Finanz- und Nachhaltigkeitsreporting mit firesys